

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 4 (1975)
Heft: 11

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 38 500

Redaktion: Konrad Fisler, Pierre Freimüller, **Inserate:** Mosse-Annoncen AG, Limmat-Ruedi Künig, Rolf Nef, Beat Schweingruber **quai 94, 8023 Zürich, Tel. 01) 47 34 00**
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, **Abonnemente:** pro Jahr Fr. 16.– (Ausl. 20.–) Schüler und Lehrlinge Ermässigung **Tel. 01) 47 75 30**

Die Krise im schweizerischen Baugewerbe und ihre Hintergründe

Stillstand der Betonmischer

Die von der allgemeinen Rezession bis heute am stärksten betroffene Branche ist ohne Zweifel das Baugewerbe. Der Beschäftigungsrückgang von 1973 bis 1975 war in diesem Wirtschaftszweig am grössten, und die Aussichten für einen baldigen Wiederaufschwung sind am geringsten. In einer Branche, in der 1973 noch Riesengewinne möglich waren, werden 1976 nur noch zwei Drittel aller Unternehmungen überlebt haben. Gemäss einer Statistik der Gruppe Schweizer Bauindu-

strien, der Vereinigung der grössten Bauunternehmer, hat sich die Rezession bei den Grosskonzerne der Baubranche jedoch nicht so stark bemerkbar gemacht wie im übrigen Baugewerbe. Die Grossen werden also überleben, die Kleinbetriebe verschwinden. Die Konzentration von Kapital und Macht in den Händen weniger wird auch im Bausektor die Konkurrenz wirtschaft zwischen vielen Kleinbetrieben verdrängen. Hauptleitende dieser Entwicklung sind die Arbeitnehmer.

Spricht oder schreibt man heute über die Krise im Baugewerbe, so wird die Situation in diesem Wirtschaftszweig meist vom übrigen ökonomischen Geschehen isoliert dargestellt. Die Krise wird dann jeweils als «notwendiger Redimensionierungsprozess» nach einer Überhitzungsphase oder ähnlich dargestellt.

Tatsächlich ist die Situation der Schweizer Bauwirtschaft in erster Linie eine Folge der fünften zyklischen Krise der Nachkriegsjahre, welche die ganze westliche Welt erfasst hat. Im Unterschied zu den vorhergehenden Rezessionsphasen, etwa derjenigen der Jahre 1967/68, wirkte sie die jüngste Wirtschaftskrise aber umso schwerer auf die betroffenen Länder aus. So ist ein massiver Einkommensabbau, ein Nachfrage- und ein Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen, der noch vor kurzem von westlichen Ökonomen für unbedenklich gehalten wurde. So erreichte die offiziell registrierte Arbeitslosenzahl in den USA die 8-Millionen-Grenze, im EG-Raum belief sie sich im Herbst auf über 4,5 Mio. Die Grafik 1 verdeutlicht die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in einigen OECD-Ländern.

Die Schweiz wird mitgerissen

Die weltweite Rezession traf auch die Schweiz, indem bereits schon 1974 sämtliche Konjunkturmärkte eine krisenhafte Entwicklung anzeigen: Das Bruttozialprodukt (BSP), der Konsum, die industrielle Beschäftigung, die Geldmenge und der Außenhandel stagnierten oder nahmen ab. 1975 setzte sich diese Entwicklung fort. So sank der Index der Industrieproduktion im 1. Quartal 1975 gegenüber dem Vorjahresquartal nochmals von 157 auf 129 Punkte.

Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen stieg von rund 100 000 im September 1974 auf 124 450 im September 1975 an. Die Dunkelziffer hinter diesen Angaben der Arbeitsämter dürfte hoch sein. Gemäss Angaben des Biga-Direktors hat das Total der Beschäftigten in der Schweiz innerhalb eines Jahres um 200 000 abgenommen. Hinzu kommen noch ca. 120 000 Arbeitnehmer, die von Teilarbeitslosigkeit (Kurzarbeit) betroffen wurden.

Am meisten unter dem Beschäftigungsrückgang litten jedoch jene Arbeitnehmer, die nicht von der Arbeitslosenstatistik erfasst werden: die Ausländer. So nahm die Zahl der er-

W. M. Diggemann
Die Reise begann
in Moskau Seite 3

Ärztedebard
Macht des Hippokrates.
Weniger Ärzte für eine kranke
Gesellschaft Seite 5

Beat Kappeler
In den Fängen
der Grossbank Seite 7

Spanien nach Franco
Muerte a la Muerte – Viva España!
Die spanische Opposition
organisiert sich Seite 7

Frauenemanzipation
«Im Namen des Gesetzes, Karl,
wasch das Geschirr ab» Seite 8

Dieser Nummer liegt ein Prospekt der Brockhaus-Enzyklopädie bei

Akademiker, Techniker und die Baukrise

Von den früheren Rezessionsphasen der Schweizer Wirtschaft unterschied sich die jüngste Krise auch dadurch, dass neben den ausländischen Arbeitnehmern vor allem das technische Kader von Beschäftigungsbrüchen betroffen wurde. Den grössten Anteil an arbeitslosen technischen Angestellten, darunter auch viele Akademiker, stellt dabei die Bauwirtschaft, da in Architektur, Ingenieur- und Planungsbüros seit 1973 ein massiver Abbau des Personalbestandes vorgenommen wird.

Dabei ist der Anteil der betroffenen jugendlichen Arbeitnehmer besonders hoch und liegt noch über dem für alle Branchen geltenden Durchschnitt. (Ende Juli waren von allen registrierten Arbeitslosen 43% unter 30 Jahre alt!) Eine Untersuchung in den Rekrutenschulen ergab, dass die Berufsgruppe der Hoch- und Tiefbauzeichner den höchsten Anteil an nochstellenlosen Rekruten aufwies. Eine grosse Anzahl von Bauzeichnern, Bautechnikern, Ingenieuren, Architekten und Planern wurde unmittelbar nach dem Lehrabschluss oder dem Hochschuldiplom arbeitslos.

Gemäss Umfragen des SIA (der SIA ist die von Büroinhabern dominierte Standesorganisation der Ingenieure und Architekten) ging der Personalbestand in den von der Umfrage erfassenen Büros allein vom 1. 1. 74 bis zum 1. 7. 75 um 20% zurück. Die Auftragsbestände und der Arbeitsvorrat sanken auch im ersten Halbjahr 1975, so dass bis Ende Jahr mit weiteren Entlassungen gerechnet werden muss. Die von der Umfrage erfasseten Projektierungsbüros gaben an, bis Ende Jahr noch weitere 521 Angestellte entlassen zu müssen. Von diesen werden 154 Hochschul- oder HTL-Absolventen sein.

Für diese Entwicklung verantwortlich ist nicht nur unsere «freie Marktwirtschaft», die längerfristig anscheinend auch in der Schweiz nicht ohne Krisen und eine Reservearmee von Arbeitslosen

auskommt, sondern auch eine Bildungspolitik, die sich jahrelang nach den kurzfristigen Bedürfnissen der Privatwirtschaft ausgerichtet hat und es auch nach den jüngsten Entwicklungen versäumt, irgendwelche durchgreifenden Massnahmen gegen die bestehende und zukünftige Unterbeschäftigung technischer Angestellter zu ergreifen.

Arbeitslosenstatistik September 1975

Registrierte Arbeitslose Total	12450
(+ 23,1% bez. Vormonat!)	
davon Bauberufe	
(Polier, Maurer, Handlanger etc.)	673
Technische Berufe	1069
davon:	
Architekten	126
Bauing.	43
Kulturing.	4
Bautech.	47
Bauzeichner	361
andere Zeichner inkl.	
Vermessungszeichner	
(ohne Maschinenzeichner)	140
Total techn. Angestellte im Bau	721
übrige technische Berufe (Maschinenbau, Elektroing., Maschinenzeichner).	
Von diesen könnten allerdings auch noch einige im Bau arbeiten	348

Entwicklung wurde das Bauvolumen künstlich aufgebaut.

Wichtig ist nun die Tatsache, dass zwischen 1960 und 1973 die öffentlichen Bauvorhaben wesentlich stärker zunommen haben als die privaten. Nach der grossen «Welle» scheint sich beim Rückgang der Bauinvestitionen genau die umgekehrte Entwicklung abzusehen. Anhand der Bauvorhaben lässt sich zeigen, dass sich die öffentlichen Bauinvestitionen kaum zurückbilden werden, die privaten jedoch um so stärker (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Anteile und Wachstum der verschiedenen Komponenten der Baunahefrage

	Anteil am Total	Reales Wachstum	Reales Wachstum wenn 1960 = 100	Rückgang der Bauvorhaben im Jahr 1975	gegenüber 1974 in %
Wohnungsbau	40	187	-30,5		
Übriger privater Bau	25	151	-16,7		
öffentlicher Hochbau	15	268	+8,7		
öffentlicher Tiefbau	20	209	-7,4		
Total	100	189	-22,8		

Die Krise der Bauwirtschaft ist also fast ausschliesslich eine Krise der Privatunternehmer. Allerdings wurde diese Krisensituation in der Schweiz durch die Konjunkturbeschlüsse des Bundes (Baustop, Kreditrestriktionen) und durch die prekäre Finanzlage der öffentlichen Hand (Sparmassnahmen) mitausgelöst.

Am deutlichsten lässt sich die Talfahrt der Bauwirtschaft anhand der Beschäftigungszahlen illustrieren: Von total 251 570 (Mai 73) im Bauhauptgewerbe Beschäftigten blieben im Mai 75 noch 165 275 übrig; Reduktion 34,3 Prozent! Der grösste Teil der Arbeitslosen wurde exportiert: im Mai 75 waren 64% weniger Saisonarbeiter im engeren Baugewerbe beschäftigt als im Mai 73. Nachfolgende Zahlen zeigen den Rückgang der gesamten ausländischen Erwerbstätigkeiten von April 74 bis April 75 in der Bauwirtschaft im Vergleich zu den nächstbetroffenen Branchen:

Baugewerbe -51 766
Metalle und Maschinen -10 834
Textil und Bekleidung -6 054

Auffallend ist der grosse Abstand, mit dem das Baugewerbe die Liste anführt.

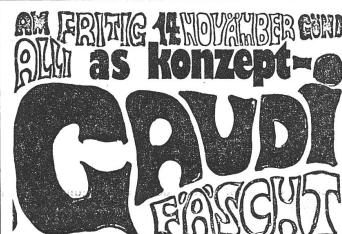
Profiteure der Krise

Von der Krise sind allerdings nicht alle Unternehmer gleich betroffen. Leerwohnungen, Produktionsrückgang, Baukrise, das hat für die finanzstarken Kapitalisten eine äusserst günstige Seite. «Gesundschrumpfung» und «Flurbereinigung» heissen die schmeichelhaften Schlagworte; die kleinen Betriebe gehen ein, die grossen überleben. Konzernen, Riesen, wie etwa die Göller AG als Tochter der Elektrowatt/Kreditanstalt, überstehen rapide Produktionsrückgänge und gesunden sogar dabei. Die Grossen kaufen die bankrotten Kleinen zu günstigem Preis – die Konkurrenz wird beseitigt, das ist die Funktion der Krise. Die Konzentration des Kapitals nimmt zu.

Für die Zukunft wird prognostiziert, dass die Produktionskapazität der Bauwirtschaft um ca. 30–35% redimensioniert werden muss. Davon abgesehen, ob sich in dieser Prognose der tatsächlich zukünftige Bedarf der Bevölkerung wieder widerspiegelt (man denke an die fehlenden billigen Wohnungen, Kindergärten usw.), befürchtet das Baugewerbe, dass durch die Eigenmechanismen unserer ungeplanten Wirtschaft eine sog. «Übersteuerung» nach unten eintritt, d. h. dass die Unternehmer Produktionskapazitäten in einem Ausmass vernichten, das über die als notwendig bezeichneten 30–35% hinausgeht.

Unternehmer rufen nach dem Staat!

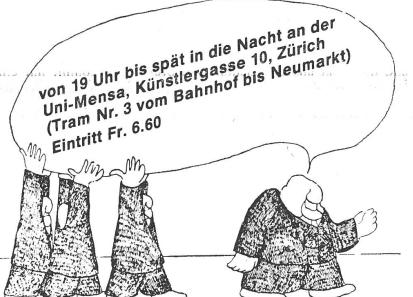
Das Rezept, die Redimensionierung im Rahmen zu halten und die Wirtschaft



Es machen mit:
Bruno Spoerri und der Jazz-Container
Max Lässer, Walti Anselmo und die
Skibbereen-Freunde (folk)
Echo vom Lochergut (volkstümlich und
südamerikanisch)
Bernhard Stirnemann (Berner
Troubadour)
Jümü (Feuerspucker und
Stachelschweindresseur)

Shivananda (progressiver Jazz-Rock)
Ricardo Latino (südamerikanisch)
Urs Hostettler (folk)

Musik, Tanz, Essen, Trinken, Tombola,
Tonbildschau bis zur Erschöpfung ...



bringen, so wird er keine oder weniger Investitionen tätigen. (Man könnte dies auch einen «Investitionsstreik» nennen). Die Nachfrage nach Investitionsgütern in der Schweiz ca. 30% der Inlandsnachfrage, nimmt ab.

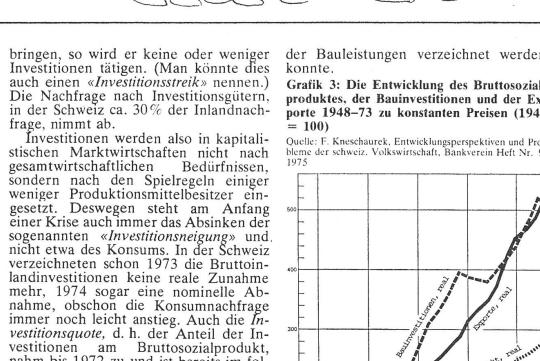
Investitionen werden also in kapitalistischen Marktökonomien nicht nach gesamtwirtschaftlichen Bedürfnissen, sondern nach den Spielregeln einiger weniger Produktionsmittelbesitzer eingesetzt. Deswegen steht am Anfang einer Krise auch immer das Absinken der sogenannten «Investitionsneigung» und nicht etwa des Konsums. In der Schweiz verzeichneten schon 1973 die Bruttoinlandsinvestitionen keine reale Zunahme mehr, 1974 sogar eine nominelle Abnahme, obwohl die Konsumnachfrage immer noch leicht anstieg. Auch die Investitionsquote, d. h. der Anteil der Investitionen am Bruttozialprodukt, nahm bis 1972 zu und ist bereits im folgenden Jahr rückläufig (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Investitionen und Bruttozialprodukt 1971–74

	BSP in Mrd. Fr.	Bruttoinland-investitionen in Mrd. Fr.	Investitionsquote in %
1971	100,8	29,6	29,4
1972	116,1	34,8	30,0
1973	129,4	37,5	29,0
1974	138,0	35,9	26,0

Für die Lage der Bauwirtschaft ist nun bedeutend, dass der Anteil der Bauinvestitionen an den Bruttoinlandsinvestitionen 1973 rund zwei Drittel betrug. Der Anteil der Bauleistungen am gesamten Sozialprodukt war damit von 11% im Jahr 1948 auf rund 20% im Jahr 1973 gestiegen. Da die Bauinvestitionen einen Hauptteil an den Gesamtinvestitionen beanspruchen, ist es nicht verwunderlich, dass die Bauwirtschaft zuerst und am heftigsten von einer sinkenden Investitionsneigung der Produktionsmittelbesitzer betroffen wurde.

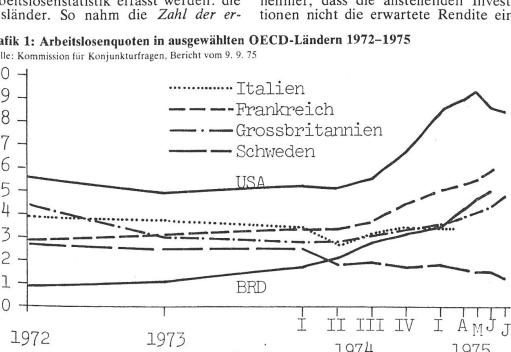
Die Grafik 3 zeigt, wie in der Schweiz bis 1973 eine besonders steile Zunahme



Von der «Überhitzung» zur Redimensionierung

Diese oft als Überhitzung bezeichnete Entwicklung war zu einem bedeutenden Teil eine Folge des Nachholbedarfs im Bereich der öffentlichen Infrastruktur, d. h. jener öffentlichen Bauten wie Spitäler, Bildungseinrichtungen usw., die jahrelang in ungenügendem Mass vorhanden waren und dies z. T. heute noch sind.

Zum anderen war der Boom aber auch gekennzeichnet durch ein ungeplantes, wild wucherndes Vorbeihaben an den Bedürfnissen der Bevölkerung. So wurden ganze ältere Stadtquartiere mit billigen Wohnungen abgerissen. Die Bauunternehmer verdienten dann doppelt, einmal am Bau der Bürōs, welche die alten Wohnhäuser ersetzen, zum anderen konnten für die Bewohner am Strandrand wieder neue, teure Mehrfamilienhäuser erstellt werden. Durch diese





wieder anzukurbeln, ist folgendes: der Staat hat dafür zu sorgen, dass die Investitionsneigung wieder ansteigt, das heißt, dass der Staat den Unternehmen die Gewinne sichern muss, damit die Investitionen wieder «angemessene» Renditen abwerfen. Über die Alternative, nämlich die Verfügungsgewalt über die Investitionen unter gesellschaftliche Kontrolle zu bringen und die Quantität und Qualität der Investitionen nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen auszurichten, wird selbstverständlich nicht diskutiert.

Die Stabilisierung der Gewinne im Bausektor lässt sich insbesondere durch zwei Massnahmen erreichen: erstens durch die Erhöhung der staatlichen Nachfrage und zweitens durch die Senkung der Lohnkosten. Nachdem das Bauvolumen 1973 rund 21% des Sozialproduktes erreicht hatte, verlangen heute der *Baumeisterverband*, die *Gruppe Schweizer Bauindustrie* und der *Verband der Generalunternehmer* vom Bundesrat, durch öffentliche Investitionen dafür zu sorgen, dass es sich bei 15% stabilisiert. Das entspräche etwa dem Durchschnitt anderer westeuropäischer Länder.

Der Aktivität des Staates sind hier jedoch Grenzen gesetzt, können doch Bund, Kantone und Gemeinden nur ca. 35% der Bauminvestitionen beeinflussen. Wie schon gezeigt wurde, erschwert zu dem die hohe Inflation eine wirksame Ausgabenpolitik. Auch ist ja die Bautätigkeit im öffentlichen Bereich kaum zurückgegangen, sondern vornehmlich jene im privaten Bereich, auf die der Staat keinen direkten Einfluss ausüben kann. Trotzdem wird jetzt im für das Baugewerbe lukrativen Tiefbaugeschäft vermehrt investiert. Diese als «Arbeits-

beschaffung» betitelten staatlichen Investitionen werden ausgerechnet im Tiefbau realisiert, der erstens der Rezession kaum unterworfen war und dessen Arbeitsprozess zweitens so kapitalintensiv ist, dass im Verhältnis zum eingesetzten Kapital (teure Maschinen) viel weniger Arbeitskräfte eingesetzt werden können als bei anderen Bauvorhaben.

Lohnabbau

Die andere Möglichkeit zur Gewinnsteigerung, jene der *Lohnkostensenkung*, wird ebenfalls praktiziert. Obwohl, wie eine Untersuchung von Prof. Kleineffers gezeigt hat, der Lohnkostenanteil am Volkseinkommen in den letzten Jahren laufend gesunken ist, werden jetzt noch vermehrte Mittel der «sozialen Disziplinierung» angewendet, um die Löhne weiter zu senken.

Lohnkürzung und Verweigerung des Teuerungsausgleichs sind dann auch im Baugewerbe an der Tagesordnung. Schon seit Monaten erfolgt im Bausektor ein massiver Reallohnabbau, wie die Tabelle 5 verdeutlicht.

Tabelle 5: Löhne im Baugewerbe und Konsumenindex 1974/75, Anstieg gegenüber Vorjahresquartal

	①	②
1974	2. Quartal + 9,4	+ 7,7
	3. Quartal + 10,6	+ 7,7
	4. Quartal + 8,8	+ 7,8
1975	1. Quartal + 8,0	+ 5,7
	2. Quartal + 8,5	+ 5,6

Landesindex der Konsumenpreise ① Löhne und Gehälter im Baugewerbe ② Gehälter im Baugewerbe

Die Beschäftigungssituation und die Einkommensverhältnisse werden sich im Bausektor in nächster Zukunft auch kaum bessern. So prognostizierte die Kommission für Konjunkturfragen im September, dass der gesamtwirtschaftliche Aufschwung eher in weitere Ferne gerückt ist und dass die Nachfrage nach Arbeitskräften noch weiter zurückgehen wird. Dies insbesondere, weil die «Investitionsneigung der Unternehmer» noch stärker nachgelassen hat.

Alibi für Kernkraftwerke

Für die Baubüroswirtschaft prognostiziert das St.-Galler Zentrum für Zukunftsorschung noch weitere Rückschläge bis zum Jahr 1976, in dem die Bautätigkeit ihren Tiefstand erreichen wird. Danach soll die Bautätigkeit wieder leicht zunehmen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass gewisse öffentliche Umweltbedingungen durch Betonierung der Landeskraft und den Bau von Kernkraftwerken.

Weitere und umfangreichere Investitionsprogramme von Bund und Kantonen sind zur Belebung der Baunachfrage unerlässlich. Jedoch sollte vermehrt darauf geachtet werden, dass die Inhalte dieser Programme tatsächlich einen *Bedarf wiederspiegeln*. So besteht z.B. immer noch ein Nachholbedarf im Bereich des öffentlichen Verkehrs, des Umweltschutzes, des Städtebaus (Quartieranlagen) und im Erziehungssektor (Kindergarten, Tagesmutter).

Voraussetzung für eine erfolgreiche Investitionspolitik der öffentlichen Hand wäre weiter die *Kontrollmöglichkeit über die Beschäftigungs- und Preiswirkungen von Investitions- und Subventionsprogrammen*. Öffentliche Gelder könnten dann gewisse Bedingungen, wie die Sicherung von Arbeitsplätzen und den Verzicht auf Preiserhöhungen, geknüpft werden. Dies ist keine utopische Forderung, geschieht dies doch heute schon bei der staatlichen Subventionierung von Renovationsarbeiten, die der Haushalter nur in Anspruch nehmen kann, wenn er sich danach der Mietzinskontrolle unterstellt.

Zum Inhalt eines Programms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Baubüroswirtschaft gehört auch die *Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneneinbuße*, um bei solchen Grossprojekten bestehen zu lassen die Gefahr, dass mit dem Argument der Wiederbelebung des Baumarke und angesichts einer latenten drohenden Unterbeschäftigung im Bausektor vom Bund und von der Privatwirtschaft Investitionen getätigkt werden, die zwar die Gewinne der Baumannternehmer sichern, an den Bedürfnissen der Bevölkerung

Hohe Stimmen

Prof. Leo Schümann, Nationalbank-Generaldirektor:

«Eine hohe Arbeitslosigkeit sollte in Kauf genommen werden, um die durch hohe Inflation entstandenen Verzerrungen zu korrigieren.» (Indirekt zitiert in «National-Zeitung», 22. 9. 75)

E. Goldberger von der Swisspexsport:

«Durch die Einführung von Kurzarbeit produzieren die Arbeiter mit kleinerem Zeitaufwand etwas gleich viel wie bei voller Arbeitszeit, erhalten aber weniger Lohn.» (ebenda, 22. 9. 75)

Dr. U. Zürcher, Generalsekretär des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins (SIA):

«Eine weitere Gefahr sieht der SIA in den stetig steigenden Forderungen der Arbeitnehmer in bezug auf Weiterbildung (.), Freizeit, Verkürzung der Arbeitszeit und der Einführung einer 40-Stunden-Woche.» (Aktuelles Bauen Nr. 5, 1974)

A. Cogliatti, Präsident des SIA:

«Der Ausleseprozess wird für den einzelnen und für die Firmen noch weitergehen. Ob sich dies vorwiegend nach achtbareren Prinzipien und mit vertretbaren Methoden abspielt, sei dahingestellt.» (Vortrag an der SIA, Informationstagung, 26. 9. 75)

Die Beschäftigungssituation und die Einkommensverhältnisse werden sich im Bausektor in nächster Zukunft auch kaum bessern. So prognostizierte die Kommission für Konjunkturfragen im September, dass der gesamtwirtschaftliche Aufschwung eher in weitere Ferne gerückt ist und dass die Nachfrage nach Arbeitskräften noch weiter zurückgehen wird. Dies insbesondere, weil die «Investitionsneigung der Unternehmer» noch stärker nachgelassen hat.

Alibi für Kernkraftwerke

Für die Baubüroswirtschaft prognostiziert das St.-Galler Zentrum für Zukunftsorschung noch weitere Rückschläge bis zum Jahr 1976, in dem die Bautätigkeit ihren Tiefstand erreichen wird. Danach soll die Bautätigkeit wieder leicht zunehmen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass gewisse öffentliche Umweltbedingungen durch Betonierung der Landeskraft und den Bau von Kernkraftwerken.

Weitere und umfangreichere Investitionsprogramme von Bund und Kantonen sind zur Belebung der Baunachfrage unerlässlich. Jedoch sollte vermehrt darauf geachtet werden, dass die Inhalte dieser Programme tatsächlich einen *Bedarf wiederspiegeln*. So besteht z.B. immer noch ein Nachholbedarf im Bereich des öffentlichen Verkehrs, des Umweltschutzes, des Städtebaus (Quartieranlagen) und im Erziehungssektor (Kindergarten, Tagesmutter).

Voraussetzung für eine erfolgreiche Investitionspolitik der öffentlichen Hand wäre weiter die *Kontrollmöglichkeit über die Beschäftigungs- und Preiswirkungen von Investitions- und Subventionsprogrammen*. Öffentliche Gelder könnten dann gewisse Bedingungen, wie die Sicherung von Arbeitsplätzen und den Verzicht auf Preiserhöhungen, geknüpft werden. Dies ist keine utopische Forderung, geschieht dies doch heute schon bei der staatlichen Subventionierung von Renovationsarbeiten, die der Haushalter nur in Anspruch nehmen kann, wenn er sich danach der Mietzinskontrolle unterstellt.

Zum Inhalt eines Programms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Baubüroswirtschaft gehört auch die *Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneneinbuße*, um bei solchen Grossprojekten bestehen zu lassen die Gefahr, dass mit dem Argument der Wiederbelebung des Baumarke und angesichts einer latenten drohenden Unterbeschäftigung im Bausektor vom Bund und von der Privatwirtschaft Investitionen getätigkt werden, die zwar die Gewinne der Baumannternehmer sichern, an den Bedürfnissen der Bevölkerung

aber vorbeigehen. So wurde für 1975 das Budget für den Nationalstrassenbau auf 1,02 Milliarden aufgestockt, und vom Investitionsprogramm des Bundesrates zur Abwehr von Beschäftigungsbedrohungen zweigte sich das EMD gleich 90 Mio. für Militär- und Zivilschutzbau ab.

Das St.-Galler Zentrum für Zukunftsorschung rechnet bei seinen Prognosen vor allem mit Grossprojekten im Kernkraftbereich; diese Investitionen seien eine *Voraussetzung für eine Wiederbelebung des Baumarke* Ende der siebziger Jahre. Zunächst müssten allerdings «die gegenwärtigen politischen Schwierigkeiten beim Bau von Kernkraftwerken überwunden werden». Auftraggeber dieser St.-Galler Studie ist übrigens die *Gruppe Schweizerische Bauindustrie*, in welcher jene grossen Bauunternehmer zusammengeschlossen sind, die ebenfalls am Bau von Kernkraftwerken beteiligt sind! Diese Prognose kommt just zu einem Zeitpunkt, da sich in weiten Kreisen der Wissenschaft und auch der Bevölkerung die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass der Bau von weiteren Kernkraftwerken, unter den gegebenen Bedingungen und an den geplanten Standorten nicht verantwortbar ist.

Unter diesem Namen gibt das Autorenkollektiv *«Inself»* eine Zeitschrift für Bildungs- und Erziehungsfragen heraus. Das Kollektiv, welches kompetente Beiträge zu diesen Fragekomplexen aus allen Regionen der deutschen Schweiz und auch der BRD sammelt, versteht sich als liberal, was in erster Linie heissen soll: parteiunabhängig. «Echte Gelegenheitsinformation», wie das Kollektiv verspricht, wird tatsächlich geboten, und zwar nicht nur für Lehrkräfte, sondern auch allen an Bildung im weitesten Sinn Interessierten. Zu beziehen bei: Auto-reno kollektiv Inseln, Obere Ziegelstrasse 5, 8590 Romanshorn.

Gewerkschaften in der Schweiz

Der fast eine halbe Million Mitglieder zahlende Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat vor kurzem eine Broschüre über *«Gewerkschaften in der Schweiz»* herausgegeben (zu beziehen bei: SGB, Postfach 64, 3023 Bern). Darin wird über alle dem SGB angegeschlossenen Verbände mit kurzen Darstellungen über Organisationsstruktur, Leistungen und Ziele der Gewerkschaften informiert. Die Information ist eher für Interessierte gedacht denn für Propaganda.

Ich halte es nicht für opportun, Herr *Helmut H. in B.*, dass die SP nach ihrem Wahlerfolg nun gleich einen *dritten* Bundesratsstoss anstrebt. Vordringlicher sollte sie dafür sorgen, dass es neben Willi Ritschard überhaupt noch einen *zweiten* Bundesrat der SP gibt.

Nein, liebe Frau *O.M. in O.* Der Show-Hypnotiseur *Martin St. James* aus Australien, der «Frauen zu Waschmaschinen werden lässt», wie die Werbung für seine Show verspricht, arbeitet nicht mit übernatürlichen Kräften. Im Gegenteil. Seine Fähigkeiten sind geradezu unterdurchschnittlich; seit Jahrhundern machen ganz gewöhnliche Männer aus ihren Frauen perfekte Allzweck-Haushaltmaschinen.

Ein Dienstleistung des SSR zusammen mit «das konzept»:

das konzept

Herausgeber Verein oder konzept (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikervakantinernen, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 38 500.

Rédaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon 0 (01) 47 75 30; Postscheckkonto: 80-3762.

Redaktion: Konrad Fisler, Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schwingenbauer.

Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Untergaben wird keine Verantwortung übernommen.

Insetate: Mosse-AG, CH-8023 Zürich, Tel. 01-47 34 00; Tel. 01-35 23 23; 1-S-p-min-Zeile = 62 Fr. (tägliche Kabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionsschluss Nr. 12: 21.11.75

Inseratenschluss Nr. 12: 28.11.75

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Es ist schwer zu erklären, Frau *P. U. in F.*, weshalb die Liste der «Politisch interessierten Frauen (PIF)» im Kanton Zürich bei den Nationalratswahlen einen derart schlechten Erfolg hatte. Es mag sein, dass politisch interessierte Frauen eben nicht politisch attraktiv genug sind. Dem Vernehmen nach hat sich jetzt aber in gewissen Kreisen eine Gruppe «politisch uninteressierter Frauen» gebildet, die bei den nächsten Wahlen auftreten will. Schwierigkeiten bereite der Gruppe allerdings noch das Finden einer entsprechenden Abkürzung.

Ja, lieber Herr *E. C. in Z.*, es befindet sich tatsächlich eine Sprenganlage auf dem Dach der «konzept»-Redaktion. Deswegen hätten Sie aber doch nicht gleich den Bundesanwalt alarmieren müssen, dient doch die Anlage nicht zur Durchführung von anarchistischen Sprengkursen (die finden in den Genie-Rekrutenschulen statt), sondern zum Besprengen des Daches mit Wasser in der Sommerhitze. Damit die Redaktoren beim Zeitungsmachen nicht zu heiße Köpfe bekommen.

Ich halte es nicht für opportun, Herr *Helmut H. in B.*, dass die SP nach ihrem Wahlerfolg nun gleich einen *dritten* Bundesratsstoss anstrebt. Vordringlicher sollte sie dafür sorgen, dass es neben Willi Ritschard überhaupt noch einen *zweiten* Bundesrat der SP gibt.

Nein, liebe Frau *O.M. in O.* Der Show-Hypnotiseur *Martin St. James* aus Australien, der «Frauen zu Waschmaschinen werden lässt», wie die Werbung für seine Show verspricht, arbeitet nicht mit übernatürlichen Kräften. Im Gegenteil. Seine Fähigkeiten sind geradezu unterdurchschnittlich; seit Jahrhundern machen ganz gewöhnliche Männer aus ihren Frauen perfekte Allzweck-Haushaltmaschinen.

Eine Dienstleistung des SSR zusammen mit «das konzept»:



gratis kannst du in der Rubrik «Reis mit!» einen Reisepartner oder eine Reisepartnerin suchen.

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

Gebrauchsanzeigen:

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte; jede Zahl gilt als 1 Wort. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat einsenden an «das konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Einsendeschluss für die Dezembernummer: 1. 12. 75.

Wer nicht mit in die Skifahrts-Suche «Gris & Roy» als Teilnehmer kommt, kann sich an der Walliser Hüttenreise beteiligen. Sonderkosten: 100.-, Walliser Kurzpostkarte mit Photo an stud. phil. Mungo, case 804, 1984. Hause-Niedaz.

Welches Mädchen möchte mir (25. Student) von ca. Februar bis April 76 auf Asturien gehen? Bitte schreibe an: Hubert Strittmatter, Baslerstr. 8, D-788 Sackingen.

Wer geht im November «sonderlich» auf einen Trip, in den sich zwischen 10 und 15 Personen befinden, kann sich an der Walliser Hüttenreise beteiligen. Kosten: 100.-, Walliser Kurzpostkarte mit Photo an stud. phil. Mungo, case 804, 1984. Hause-Niedaz.

Welches nette Mädchen oder Frau kommt mit mir Ende Oktober 3-4 Wochen in mein «Paradies am Meer?» Von dort Exkursionen nach Andalusien, Auto/Zelt vorhanden. Es wartet charmanter Adam, 37, leidig, anpassungsfähig, zwielassig. Emanuel Anderegg, Langmauerstr. 87, 8006 Zürich.

Walter Matthias Diggelmann:

Die Reise begann in Moskau

Unsere Reise nach Kiew, der Hauptstadt der Ukraine, begann in Moskau.

Wir fuhren, eingeladen vom Sowjetischen Schriftsteller-Verband und dem Progress-Verlag, im direkten Schlafwagen Basel-Moskau. Auf dem Bahnhof erwarteten uns Mura, die deutschsprachige Werke ins Russische übersetzten, und Wladimir, der Auslandsekretär des Verbandes. Auf dem Bahnhofplatz wartete ein Chauffeur mit Wagen auf uns. Der sowjetische Schriftsteller-Verband hat eigene Wagen und Chauffeure. In den kleinen Republiken mit entsprechend weniger Schriftstellern haben die Regionalverbände Dauerverträge mit Taxounternehmen. Die Hauptstadt der Sowjetunion hat allerdings 1500 Schriftsteller. Der Verband verfügt über ein weitverzweigtes Sekretariat, besitzt eigene Klubräume, und man behauptet überall, in Moskau esse man am besten im Club der Schriftsteller. Wir zweifeln heute nicht daran, dass es so ist; wir tafelten am Abend unserer Ankunft, das heisst am Abend vor unserer Weiterreise in die Hauptstadt der Ukraine, von sieben bis Mitternacht in einem der Klubräume, der uns an einen Kirchensaal aus dem 19. Jahrhundert erinnerte. Man klärte uns auf: Das war früher die Loge der russischen Freimaurer.

Im Hotel «Peking» («Als wir dieses Hotel am Majakowskij-Platz bauten, waren unsere Beziehungen zu China noch ungetrübt») bezogen wir nicht bloss ein Zimmer, sondern ein Appartement: Salon mit Fernsehempfänger, Radio, Kühlshrank und Klavier, ein Büro, grosser Flur, Schlafzimmer und grosses Badezimmer. In der Sowjetunion ist der Schriftsteller jemand. Und der Leiter des Progress-Verlages sagte uns: «Wenn wir alle Lesebedürfnisse stillen würden, hätten wir in zehn Jahren keine Wilder mehr. Die Auflagen können wir nicht ausrichten nach dem Bedarf, sondern nach dem Papier und nach der Kapazität unserer Druckereien.»

Aber es wird nicht nur gelesen in diesem riesigen Land. Auch die Theater sind Abend für Abend ausverkauft, die Kinos, der Zirkus, Schriftsteller ist hier ein magisches Wort, und «Schweizer Schriftsteller» heisst so viel wie «Sesam öffne dich». Ein weiteres Zauberwort: «Delegation». Vor zwei oder drei Jahren, erzählt man uns im Verlaufe des Nachtessens, sei eine Sechserdelegation des Schweizerischen Schriftsteller-Ver-

nicht in den Genuss dieses Vertrages. Wir dürfen sie übersetzen, ja überarbeiten, kürzen zum Beispiel, wie es uns gefällt. Aber nun gibt es für uns grosse Schwierigkeiten. Jetzt müssen wir mit dem Autor oder dessen Verleger im Westen verhandeln, wir müssen Verträge unterzeichnen, wir müssen abrechnen, und wir dürfen nicht mehr kürzen, wie wir wollen. Das alles bedeutet für uns viel zusätzliche Arbeit...»

Ich habe die russische Übersetzung meines Romans bereits vor Monaten in der Schweiz durch eine Slawistin prüfen lassen. Ich war verwundert, dass in der russischen Ausgabe nicht eine politische Bemerkung ausgemerzt worden war, zum Beispiel die Anspielung auf den Prager Frühling und ähnliches. Hingegen wurden alle direkten Bezeichnungen und Schilderungen im Zusammenhang mit Sex mit grosser Akribiezensur bzw. umgeschrieben: Mann und Frau gehen nicht miteinander ins Bett, sie v. nicht, sondern sie «lieben sich», «küssen sich», und wenn's halt nicht anders geht, «umarmen sie sich». Diese älterliche Zurückhaltung hat allerdings keine Entsprechung im realen Leben. Die jungen Paare knutschen und küssten sich auf offener Strasse, am Strand des Dnjepr oder in der Metro mehr und heftiger noch als bei uns, und es ist nicht schwer, zu erahnen, dass es dabei nicht bleibt.

Nach den Gesprächen im Progress-Verlag, der ausschliesslich fremdsprachige Literatur herausgibt und einer der grössten sowjetischen Verlage ist, wieder ein opulentes Essen im Krebstaurant des Schriftsteller-Verbandes, dann abends im Schlafwagen nach Kiew. Mura, unsere Begleiterin, entschuldigt sich, weil wir zweiter Klasse fahren müssen. Aber es sei eben am selben Tag der Grosses Rat des Sowjetjus zu Ende gegangen, und die Sowjet-Räte hätten alle Erstklasswagen schon lange im voraus belegt. Dass es auf dieser Strecke (neun Stunden Fahrt) ganz einfach keine Erstklasswagen gibt, wird schwamm verschwiegen. Sie sind offensichtlich nicht in allen Lebenslagen stolz darauf, eine klassenlose Gesellschaft zu sein; und ganz so klassenlos ist diese Gesellschaft wohl auch nicht.

Wir Schriftsteller, was für eine Wohltat, gehören einer privilegierten Klasse an. Doch auch das wird nicht zugegeben. Ein Lektor des Progress-Verlages betont: «Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen...» Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauden in den Alpen auch sehr gut entlohnt. Aber es geht um mich nicht so sehr um das hebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weitralptreiber, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikt ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich tragen keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden, in Russland, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel «Moskwa» einen oder mehrere Orden an seine Jacke gesteckt, und sie alle sind leicht als Arbeiter oder Bauern zu erkennen. Der Schriftsteller tritt daheim, dafür fährt er mit einem russischen Fiat zur Dichterlesung, wo ihn ohne weiteres bis zu tausend enthusiastische Zuhörer empfangen.

Die Dichter sind Fürsten. Nicht erst nach ihrem Tod. Nach ihrem Tod ziehen sie freilich die grossen Plätze in den grossen Städten als überdimensionale Bronzefiguren auf hohen Granitsockeln. Und all die Hunderttausende von Sowjetbürgern, die aus allen Himmelsrichtungen in Gruppen – und fast nur in Gruppen – zum Beispiel nach Moskau pilgern, stehen nicht nur stundenlang vor dem Lenin-Mausoleum auf dem

Roten Platz an, sie stehen ebenso vor dem Eingang zum Tolstoi-Haus, schlafen still und andächtig, die Schuhe in Filzpantinen, durch Haus, bewundern stummen Tolstoi-Arbeitszimmer, wo «Anna Karenina» und «Krieg und Frieden» entstanden sind, stehen leise vor Tolstois Schlafzimmer und lauschen aufmerksam der Intourist-Reisebegleiterin. Sie besuchen auch das Majakowski-Museum, betrachten still und frömmig die Werke dieses revolutionären Dichters und Malers, der sich das Leben nahm, weil er glaubt hatte, innerhalb des russischen Volkes ein Einsamer, ein Fremder zu sein, ein Unverständener. Sie gehen still durch die vielen Räume, die vielen Bäuerinnen und Arbeitern aus Sibirien, Georgien, Armenien und anderen Republiken der Sowjetunion, und sie können kaum etwas anfangen mit Majakowskis Lyrik, mit seiner Kunst, mit den Plakaten, das alles ist ihnen fremd, aber, und das ist entscheidend: Majakowski war in seiner Zeit ein grosser Dichter und ein begnadeter Maler und Zeichner.

Gross ist alles, und gross muss alles sein. Gross ist das Land, gross das Entfernen von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf. Gross sind die Städte, breit die Strassen, hoch und geräumig die Hotelzimmer, gross sind gewöhnliche Mittag oder Abendessen, und wir haben im Hotel in Kiew in den vielen Etagenrestaurants gesehen, wie die Männer kamen und in der Regel gleich vier Flaschen Bier bestellten; auch der Wodka, der zum Essen getrunken wird wie bei uns Wein, wird flaschenweise im Eiskrübel aufgetragen. Alles ist gross und grosszügig, und die Prospekte, die Boulevards sind für unsere Augen unermesslich breit. Gross ist auch die Geduld, die die Menschen haben, Geduld, wie wir sie nicht kennen, Geduld, die wir ungeduldigen Schweizer erst mühsam lernen müssen. Und nochmals: Sie bewundern Fürsten, huldigen ihnen, pilgern zu ihnen, auch wenn es nur Dichter sind und vielleicht nur mittelmässige.

*

Kiew wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört und in den Nachkriegsjahren mit einem ungeheuren Einsatz seiner Bürger wieder aufgebaut. Und sie sind dabei grosszügig geblieben, haben ihre Stadt geplant und nicht wie bei uns und verwortungslos draufgesetzt. Offensichtlich haben sie hier bereits in den späten vierziger Jahren einiges über Umweltschutz und ökologisches Gleichgewicht gewusst. Ausser in Budapest haben wir nirgends auf unserem Kontinent eine Zweimillionenstadt mit soviel Parks, Gärten und Wäldern gesehen. Wir erleben das viele Grün nicht bloss mit den Augen, auch die Luft ist, verglichen mit der von Abgasen geschwängert in Zürich oder Moskau, rein, hier lässt sich's atmen. Über die Architektur wollen wir uns nicht mokieren. Eher schämen wir uns für unser Zürich. Geld hatten wir immer und viel Zeit, und unter den Zweiten Weltkrieg haben wir nicht alzusehn gelitten, und nun betrachte man einmal unsere verschandelte Stadt, man betrachte diese schreckliche «Nicht-Architektur» unserer Architekten. Wir sind uns bewusst, dass Vergleiche immer hinken, dass Vergleiche eigentlich nicht statthaft sind. Jedes Land, jede Stadt hat eigene geschiehtliche Bedeutungen.

Wir können in Kiew nicht Zürich suchen. Und dennoch stellen wir Vergleiche an. Zum Beispiel fahren wir durch die erst vor wenigen Jahren erbaute neuen Siedlungen am gegenüberliegenden Ufer des Dnjepr. Wohnblöcke wie bei uns in Schwamendingen oder Volketswil, was die Architektur betrifft. Lediglich zwischen den Reihenhäusern gleiche Grünfläche, junge Alleen, zwei Fahrbahnen als Einbahnstrasse, gebaut auf den Balkonen wuchernde Schnellpflanzen und Blumen, kleine Gärten oder Parks denken wir unwillkürlich. Auch hier stellen wir Grösse, Weite, Grosszügigkeit fest. Und erst abends im Hotel kommen wir darüber, wieso und warum wir so grosszügig und den Bedürfnissen des Menschen entsprechend geplant und gebaut werden kann: Grund und Boden gehört der Allgemeinheit, dem Staat, es gibt kein Eigentum in unserem Sinn, und es gibt keine Spekulation. Keiner kann sich hier durch Besitz an Boden bereichern, es gibt keinen Grundbesitzer, der Nichtbesitzer ausbeuten kann. Und wenn das und jenes doch schief herauskommt, hat das andere Gründe; Fehlplanungen sind nicht ausgeschlossen, bornierte Bürokraten gibt es auch hier jede Menge, aber was uns wieder mit allem versöhnt, ist die Haltung der Sowjetbürgertum: Sie geben das alles mit einem lächelnden Bedauern zu. Sie sind nachsichtig. Zum Beispiel auch in Strassenverkehr. Es mag ein Autofahrer noch so krasse Fehler machen, nie würde ein anderer schimpfen und fluchen. Und dennoch haben wir immer wieder die Gefühl, hier seien die Menschen rücksichtslos, ja zeitweilig sogar brutal. Wer an einer Bar, an einem Bistro oder an einem Schaschlikstand am Strand des Dnjepr wohlerzogen ansteht und wartet, bis er an die Reihe kommt, wird nie bedient. Wer seine Ellbogen nicht zu gebrauchen weiß, kann verhungern oder verdursten. Und Leute wie wir, die aus einem mehr oder minder

höflichen Touristenland kommen, nur einen Brocken Russisch können, aber kein Wort Ukrainisch, sind vollauf irritiert. Denn hier spricht keiner eine Fremdsprache. Nicht Petersburg, und Moskau schon gar nicht. Und sie hütet ihre Eigenart und Eigenständigkeit wie ihren Augapfel. Sie haben auch ihre eigene Literatur, die wie man uns sagt, unverwechselbar sei, und die sie hochhalten und pflegen. Gegenüber dem westlichen Europa, haben wir den Eindruck, sind sie offener. Jedenfalls waren wir äusserst überrascht, als wir im Gespräch auf der Redaktion der Literaturzeitschrift «Wsesmit» erfuhren, dass die Redaktoren beinahe besser informiert waren über die schweizerische Literatur als wir. Sie nannten Namen und Titel von Werken, die bei uns nicht einmal über-

mehr arbeiten. Um seine Langeweile zu vertreiben, veranstaltet er jeden Monat eine Pressekonferenz mit westlichen Journalisten. Von Kernphysik versteht er sehr viel. Aber das ist auch alles.

Doch auch dieser Wesenszug lässt sich erklären. Die Ukrainer und besonders die Bürger der Hauptstadt Kiew sind ein stolzes Volk. Kiew war schliesslich die Wiege des grossrussischen Reiches. Nicht Petersburg, und Moskau schon gar nicht. Und sie hütet ihre Eigenart und Eigenständigkeit wie ihren Augapfel. Sie haben auch ihre eigene Literatur, die wie man uns sagt, unverwechselbar sei, und die sie hochhalten und pflegen.

«Ich weiss nicht, was geschehen würde.»

«Aber wir wissen es. Sie wären nicht der erste Schriftsteller, dem aufgrund eurer Gesetzgebung das Heimatrecht entzogen würde...»

Der Name Schaffner fällt. Es stimmt, wir haben ihn ausgebürgert. Und nun ist auch von den antikommunistischen und antisowjetischen Ausschreitungen in den fünfziger Jahren die Rede. Und der schweizerische Antisemitismus, der dreissiger und vierziger Jahre wird ange deutet. Wie erbärmlich armelig steht man plötzlich da! Aber sie wollten eigentlich nicht darüber reden. Die Frage, weshalb es in der Schweiz der Nachkriegsjahre eine so grosse Zahl wirklich talentierter Schriftsteller gegeben habe, interessiert sie viel mehr. Die Vergleichszahlen, die angeführt werden, überraschen sogar uns. Die kleine Schweiz hat in den letzten dreissig Jahren mehr bedeutende Autoren hervorgebracht als die BRD und die DDR zusammen, wenn man an die Zahl der Bevölkerung denkt. Nun, wir können diese Frage nicht beantworten. Wir haben uns auch nie Gedanken darüber gemacht. Aber nun sollen wir uns darüber Gedanken machen, und meine Reisegefährtin soll doch bitte einen ausführlichen Essay zu dieser Frage für ihre Zeitschrift schreiben.

Die Zeitschrift «Wsesmit»: auch so etwas gibt es bei uns nicht, wäre bei uns nicht denkbar. Das ist eine literarische Zeitschrift, die in ukrainischer Sprache nur in der Republik Ukraine erscheint, Auflage: 350.000. Es werden in jeder Nummer ganze Romane oder Theaterstücke in extenso publiziert, und zwar Werke aus allen Sprachen und aus allen Epochen. Die neueste Ausgabe, die sie uns geben, enthält eine ukrainische Übersetzung des «Hamlets» von Shakespeare.

Nachdem der Chefredaktor eine Flasche Krimsekt geöffnet hat, wird mir feierlich mitgeteilt, dass nächstens mein Roman «Das Verhör des Harry Wind» in dieser Zeitschrift ungetükt erscheinen werde. Das aber war nicht der Grund für unsere Einladung. Sie sind neugierig, sie sind scharf auf Informationen aus erster Hand. Zeitschriften und Zeugnisse aus dem Westen, die sie aufmerksam lesen und auswerten, genügen ihnen nicht.

*

Am nächsten Tag wollen wir ver schnaufen. Der Chauffeur fährt uns durch den nach Harz duftenden Wald zum Dnjepr-Strand hinunter. Bei Kiew teilt sich dieser riesige Strom in viele Arme und vereint sich später wieder. Kilometerlanger feinster goldgelber Sandstrand, dahinter lockere Fichtenwälder, warm und doch kühl. Hunderttausende von Kiewern verbringen die schönen Wochenenden an diesem wunderbaren Strand. Sie bringen alle ihr Picknick mit Zwiebeln essen sie da wie wir Apfel oder Birnen, und es gibt nichts Klügers, als ebenfalls in die Zwiebel zu beißen. Dann Schaschlikstäbchen zwischen den Fichten und Buchen, Bierzelte, und irgendwo gibt es Pepsi-Cola. Das Wasser des Dnjepr ist rostbraun und kühl. Aber nicht verschmutzt, Eisenhaltig, erklärt uns eine Hydrologin, Dozentin an der Universität, Hunderte von Booten, Tausende von Schwimmenden. Jede Viertelstunde fährt ein mit Maschinengewehren bestücktes Küstenwachboot der Kriegsmarine den Fluss hinab und wieder hinauf.

Die Besatzung lässig, oben nur mit Unterleibchen bekleidet, ohne Kopfbedeckung, barfüssig, liegt sich sonnend, auf Deck. Über Lautsprecher machen sie den Badenden auf tückische Strömungen aufmerksam, geben Ratschläge, wie Badeunfälle vermieden werden können, dass Kinder nicht ohne Begleitung Erwachsener ins Wasser sollten. Wir, fasziniert von der Szene, photographieren. Doch gleich werden wir umringt von Einheimischen, die uns sagen: «Net, net...» Wir photographieren trotzdem. Schliesslich sehen wir auf dem Zürichsee keine Küstenwachboote, wir haben keine Marine. Doch hinterher erklärt uns Mura, es sei in der Sowjetunion strikt verboten, Objekte, die irgendwie mit der Landesverteidigung zu tun hätten, zu photographieren: Bahnhöfe zum Beispiel, Schleusen, Kasernen, Kriegsschiffe, Flugzeuge und so weiter. Dennoch, es war ein herrlicher Samstag. Noch am Sonntagmorgen roch es in unserem Schlafzimmer nach Zwiebeln...

*
Am 10. Juli notierte ich: «Zum ersten Mal absolut keine Geldschwierigkeiten auf Auslandreise.» Der Schriftsteller-Verband gibt uns pro Tag 25 Rubel Taschengeld, die Hotels sind bezahlt, ebenso die Reisen. Zudem bezahlt mir der Progress-Verlag fast 1000 Rubel für die russische Übersetzung meines Romans «Die Vergnügungsfahrt». Wir wissen, dass wir so viele Rubel bei aller Schlemmerei niemals durchbringen könnten. Und darum besitzen wir jetzt einen Sparheft, bei der Sowjetischen Staatsbank und einen wunderschönen Samowar aus dem 19. Jahrhundert. Der Leiter des Progress-Verlages macht mich allerdings freundlich darauf aufmerksam, dass man mir das Honorar freiwillig bezahle. «Wir wären nicht verpflichtet», sagt er, «die Sowjetunion ist erst 1973 der Genfer Konvention über Urheberrechte beigetreten. Alle Werke, die vor diesem Datum erschienen sind, gelangen

Ein Lektor des Progress-Verlages betont: «Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen...» Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauden in den Alpen auch sehr gut entlohnt. Aber es geht um mich nicht so sehr um das hebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weitralptreiber, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikt ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich tragen keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden, in Russland, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel «Moskwa» einen oder mehrere Orden an seine Jacke gesteckt, und sie alle sind leicht als Arbeiter oder Bauern zu erkennen. Der Schriftsteller tritt daheim, dafür fährt er mit einem russischen Fiat zur Dichterlesung, wo ihn ohne weiteres bis zu tausend enthusiastische Zuhörer empfangen.

Ein Lektor des Progress-Verlages betont: «Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen...» Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauden in den Alpen auch sehr gut entlohnt. Aber es geht um mich nicht so sehr um das hebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weitralptreiber, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikt ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich tragen keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden, in Russland, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel «Moskwa» einen oder mehrere Orden an seine Jacke gesteckt, und sie alle sind leicht als Arbeiter oder Bauern zu erkennen. Der Schriftsteller tritt daheim, dafür fährt er mit einem russischen Fiat zur Dichterlesung, wo ihn ohne weiteres bis zu tausend enthusiastische Zuhörer empfangen.

Ein Lektor des Progress-Verlages betont: «Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen...» Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauden in den Alpen auch sehr gut entlohnt. Aber es geht um mich nicht so sehr um das hebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weitralptreiber, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikt ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich tragen keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden, in Russland, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel «Moskwa» einen oder mehrere Orden an seine Jacke gesteckt, und sie alle sind leicht als Arbeiter oder Bauern zu erkennen. Der Schriftsteller tritt daheim, dafür fährt er mit einem russischen Fiat zur Dichterlesung, wo ihn ohne weiteres bis zu tausend enthusiastische Zuhörer empfangen.

Ein Lektor des Progress-Verlages betont: «Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen...» Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauden in den Alpen auch sehr gut entlohnt. Aber es geht um mich nicht so sehr um das hebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weitralptreiber, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikt ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich tragen keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden, in Russland, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel «Moskwa» einen oder mehrere Orden an seine Jacke gesteckt, und sie alle sind leicht als Arbeiter oder Bauern zu erkennen. Der Schriftsteller tritt daheim, dafür fährt er mit einem russischen Fiat zur Dichterlesung, wo ihn ohne weiteres bis zu tausend enthusiastische Zuhörer empfangen.

Ein Lektor des Progress-Verlages betont: «Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen...» Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauden in den Alpen auch sehr gut entlohnt. Aber es geht um mich nicht so sehr um das hebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weitralptreiber, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikt ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich tragen keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden, in Russland, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel «Moskwa» einen oder mehrere Orden an seine Jacke gesteckt, und sie alle sind leicht als Arbeiter oder Bauern zu erkennen. Der Schriftsteller tritt daheim, dafür fährt er mit einem russischen Fiat zur Dichterlesung, wo ihn ohne weiteres bis zu tausend enthusiastische Zuhörer empfangen.

Ein Lektor des Progress-Verlages betont: «Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen...» Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauden in den Alpen auch sehr gut entlohnt. Aber es geht um mich nicht so sehr um das hebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weitralptreiber, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikt ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich tragen keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden, in Russland, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel «Moskwa» einen oder mehrere Orden an seine Jacke gesteckt, und sie alle sind leicht als Arbeiter oder Bauern zu erkennen. Der Schriftsteller tritt daheim, dafür fährt er mit einem russischen Fiat zur Dichterlesung, wo ihn ohne weiteres bis zu tausend enthusiastische Zuhörer empfangen.

Ein Lektor des Progress-Verlages betont: «Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen...» Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauden in den Alpen auch sehr gut entlohnt. Aber es geht um mich nicht so sehr um das hebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weitralptreiber, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikt ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich tragen keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden, in Russland, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel «Moskwa» einen oder mehrere Orden an seine Jacke gesteckt, und sie alle sind leicht als Arbeiter oder Bauern zu erkennen. Der Schriftsteller tritt daheim, dafür fährt er mit einem russischen Fiat zur Dichterlesung, wo ihn ohne weiteres bis zu tausend enthusiastische Zuhörer empfangen.

Ein Lektor des Progress-Verlages betont: «Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen...» Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauden in den Alpen auch sehr gut entlohnt. Aber es geht um mich nicht so sehr um das hebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weitralptreiber, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikt ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich tragen keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden, in Russland, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel «Moskwa» einen oder mehrere Orden an seine Jacke gesteckt, und sie alle sind leicht als Arbeiter oder Bauern zu erkennen. Der Schriftsteller tritt daheim, dafür fährt er mit einem russischen Fiat zur Dichterlesung, wo ihn ohne weiteres bis zu tausend enthusiastische Zuhörer empfangen.

Ein Lektor des Progress-Verlages betont: «Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen...» Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauden in den Alpen auch sehr gut entlohnt. Aber es geht um mich nicht so sehr um das hebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weitralptreiber, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikt ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich tragen keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden, in Russland, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel «Moskwa» einen oder mehrere Orden an seine Jacke gesteckt, und sie alle sind leicht als Arbeiter oder Bauern zu erkennen. Der Schriftsteller tritt daheim, dafür fährt er mit einem russischen Fiat zur Dichterlesung, wo ihn ohne weiteres bis zu tausend enthusiastische Zuhörer empfangen.

Ein Lektor des Progress-Verlages betont: «Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen...» Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauden in den Alpen auch sehr gut entlohnt. Aber es geht um mich nicht so sehr um das hebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weitralptreiber, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikt ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich tragen keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden, in Russland, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel «Moskwa» einen oder mehrere Orden an seine Jacke gesteckt, und sie alle sind leicht als Arbeiter oder Bauern zu erkennen. Der Schriftsteller tritt daheim, dafür fährt er mit einem russischen Fiat zur Dichterlesung, wo ihn ohne weiteres bis zu tausend enthusiastische Zuhörer empfangen.

Ein Lektor des Progress-Verlages betont: «Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen...» Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauden in den Alpen auch sehr gut entlohnt. Aber es geht um mich nicht so sehr um das hebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weitralptreiber, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikt ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich tragen keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden, in Russland, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel «Moskwa» einen oder mehrere Orden an seine Jacke gesteckt, und sie alle sind leicht als Arbeiter oder Bauern zu erkennen. Der Schriftsteller tritt daheim, dafür fährt er mit einem russischen Fiat zur Dichterlesung, wo ihn ohne weiteres bis zu tausend enthusiastische Zuhörer empfangen.

Ein Lektor des Progress-Verlages betont: «Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen...» Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauden in den Alpen auch sehr gut entlohnt. Aber es geht um mich nicht so sehr um das hebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weitralptreiber, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikt ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich tragen keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden, in Russland, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel «Moskwa» einen oder mehrere Orden an seine Jacke gesteckt, und sie alle sind leicht als Arbeiter oder Bauern zu erkennen. Der Schriftsteller tritt daheim, dafür fährt er mit einem russischen Fiat zur Dichterlesung, wo ihn ohne weiteres bis zu tausend enthusiastische Zuhörer empfangen.

Ein Lektor des Progress-Verlages betont: «Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen...» Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauden in den Alpen auch sehr gut entlohnt. Aber es geht um mich nicht so sehr um das hebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weitralptreiber, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikt ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich tragen keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden, in Russland, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel «Moskwa» einen oder mehrere Orden an seine Jacke gesteckt, und sie alle sind leicht als Arbeiter oder Bauern zu erkennen. Der Schriftsteller tritt daheim, dafür fährt er mit einem russischen Fiat zur Dichterlesung, wo ihn ohne weiteres bis zu tausend enthusiastische Zuhörer empfangen.

Ein Lektor des Progress-Verlages betont: «Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen...» Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauden in den Alpen auch sehr gut entlohnt. Aber es geht um mich nicht so sehr um das hebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weitralptreiber, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikt ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich tragen keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden, in Russland, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel «Moskwa» einen oder mehrere Orden an seine Jacke gesteckt, und sie alle sind leicht als Arbeiter oder Bauern zu erkennen. Der Schriftsteller tritt daheim, dafür fährt er mit einem russischen Fiat zur Dichterlesung, wo ihn ohne weiteres bis zu tausend enthusiastische Zuhörer empfangen.

Ein Lektor des Progress-Verlages betont: «Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen...» Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauden in den Alpen auch sehr gut entlohnt. Aber es geht um mich nicht so sehr um das hebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weitralptreiber, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikt ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich tragen keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden, in Russland, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel «Moskwa» einen oder mehrere Orden an seine Jacke gesteckt, und sie alle sind leicht als Arbeiter oder Bauern zu erkennen. Der Schriftsteller tritt daheim, dafür fährt er mit einem russischen Fiat zur Dichterlesung, wo ihn ohne weiteres bis zu tausend enthusiastische Zuhörer empfangen.

Ein Lektor des Progress-Verlages betont: «Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen...» Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauden in den Alpen auch sehr gut entlohnt. Aber es geht um mich nicht so sehr um das hebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weitralptreiber, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikt ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich tragen keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden, in Russland, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel «Moskwa»

Fortsetzung von Seite 3

da er viele Kurtisanen gehabt hatte, musste er viele kleine Villen bauen. Heute kommen Schriftsteller hierher, bezahlen wenig Miete und leben und schreiben in Ruhe und in guter Luft. Ein Gemeinschaftshaus wurde dazugebaut. Da gibt es die Küche, den Speisesaal und Gesellschaftsräume. Einen Schweizer Schriftsteller verwundert es, dass hier so viele Schriftsteller in Freuden und Eintracht neben- und miteinander leben können, Neid und Eifersucht scheinen sie nicht zu kennen.

Kurtisanen der Partei? Unser Gastgeber lächelt mild. «Brüderchen», sagt er und schenkt uns reichlich von dem herrlichen ukrainischen Wodka ein, den man nirgends kaufen kann. «Brüderchen Walter, du liest zivile westliche Zeitungen. Komm zu uns. Mache die Augen auf. Und die Ohren. Stossen wir an! Friedfertigkeit und Brüderlichkeit!»

Es ist unvermeidlich, das Gespräch, nur unterbrochen von ungefähr neun Gästen und einundzwanzig Wodkas plus Cognac aus Armenien und Erlauer



Christschow-Grab von E. Neiswestjin auf dem Nowodewibchi-Friedhof in Moskau

Stiererblut aus Ungarn und zur Krönung einen englischen Scotch – es ist unvermeidlich, noch einmal von Solchen zu reden, von den Dissidenten im allgemeinen.

«Ach weisst du», sagt er wieder lächelnd und gar nicht überheblich, «wir allein in der Ukraine haben in unserem Verband neuhundert Mitglieder. In Moskau haben sie tausendfünfhundert. Und nun rechne dir aus, wie viele Schriftsteller insgesamt in der Sowjetunion sind. Fünfhundert Republiken! Und weisst du, ich reise oft in den Westen, ich kenne Paris, London und New York, und ich lese westliche Zeitungen. Ich kann Deutsch und Französisch und Englisch, aber bei uns gibt es viel westliche Korrespondenten, die kein Wort Russisch oder Ukrainisch verstehen. Was versteht denn die denn von unserem Land?»

Und noch einmal Solschenzny: «Weisst du, ich kenne ihn. Er liebt die Menschen nicht. Er liebt auch seine Frau nicht. Er hassst. Er hat auch die Schweiz und Amerika. Er ist krass...» Und dann Wodka mit Cognac und ungarischen Rotwein gemischt: «Stossen wir auf die Liebe...»

Weshalb die sowjetischen Schriftsteller ohne Neid und Eifersucht in einem solchen Camp gemeinsam leben können, hat sicher mit ihren gesellschaftlich-sozialen Gegebenheiten zu tun. Es gibt für den Schriftsteller kein Gesetz von Angebot und Nachfrage, es gibt kein Konkurrenzdenken. Der Schriftsteller wird nach seiner Leistung honoriert und nicht aufgrund des Absatzes. Der Schriftsteller bekommt pro Bogen, das sind 16 Buchseiten, 350 bis 400 Rubel, und wenn sein Buch nicht verkauft würde, was kaum der Fall ist, ist er nicht der Leidtragende. Eine zweite Auflage wird im gleichen Verhältnis bezahlt. Die kleinste Erstausgabe sind 15 000 Exemplare. Ein Buch von zwanzig Bogen (320 Seiten) bringt dem Autor mindestens 7000 Rubel ein. Netto. Die Steuern sind bereits verrechnet, auch ist er gegen Krankheit versichert, und für sein Alter muss er sich keine Sorgen machen.

«Und was geschieht, wenn einer aus dem Verband ausgeschlossen wird? Dann kann er nicht mehr publizieren, kein Verlag bringt sein Buch heraus», fragen wir.

Wieder lächelt Pawlo mild. «Schau», sagt er, «bevor einer Mitglied werden kann, muss er schon zwei Bücher publiziert haben. Also siehst du, er muss nicht Mitglied sein. Etwas anderes ist es, dass wir in unseren Vereinsstatuten einen Paragraphen haben, der lautet, jedes Mitglied habe alles zu tun, um den Sozialismus zu verwirklichen. Wenn aber nur einer kommt und das Gegen teil tut, wird er ausgeschlossen. Und da gibt es eben einen Konsensus: Kein Verlag wird bei uns antisowjetische Literatur publizieren. Bei euch in der Schweiz haben bedeutende Kommunisten und Marxisten auch Einreiseverbot...»

Wir fahren mit drei Flaschen des ausserlesenen ukrainischen Wodka ins Hotel zurück. Am Fernsehempfänger verfolgen wir das Abenteuer der Weltraumfahrer «Sojus-Apollo»; wir sind uns bewusst, im Westen heisst es «Apollo-Soyus». W.M. Diggemann

Zu einem leicht misszuverstehenden Buch von Wolfgang Harich

Woraus etwas werden muss

Ein neues Buch: «Kommunismus ohne Wachstum?» Die NZZ würde allenfalls das Fragezeichen weglassen. Untertitel: «Babeuf und der Club of Rome». Auf Seite 56 des Buches werden einige Worte über die «extrapolierte Zunahme des Pferdemistes in London von 1870 bis heute» verloren; ein entsprechender Untertitel hätte den Vortext, ebensowenig auszusagen, aber wenigstens noch Heiterkeit und Neugierde zu erregen. «Sechs Interviews von Freimü Duve mit Wolfgang Harich, geboren 1923, privatischer Philosoph aus Berlin/DDR.» Mindestens seit Harichs Revision von Raddatz' Marx-Biographie im «Spiegel» weiß man mit Günter Grass: «Kein Zweifel: Harich bewährt sich schon wieder als gläubiger Marxist» und «Kein Zweifel: Harich versteht sich aufs Denunzieren». Ein Buch also, scheint es, das man hüben und drüben, rechts und links vergessen kann.

Warum aber, das bleibt die Frage, hat Freimü Duve, Rowohlt-Lektor und rot-aktuell-Herausgeber, als Interviewer ein Buch mitgebracht und herausgegeben, das man vergessen soll? Hat Duve, deichter Sozialdemokrat, Angst davor, dass die «derzeitige kom-

munistisch-sozialistische Welt als erste den Übergang zum Kommunismus schafft» oder dass es sich dabei um einen «starken, hart durchgreifenden Zustandstaat» (beide Zitate aus dem Klappentext) handeln könnte und nicht um ein Reich der unbeschränkten materiellen Freiheiten? Harich in einem Brief an Duve am Schluss des Buches: «Was soll ich den Verdacht loswerden, dass Sie meiner Wachstumskritik im Grunde nur deswegen zu Publizität gebracht haben, weil Sie damit, im Sinne Ihrer Parteibesetzung, eine neue Variante oppositioneller Haltung innerhalb des sozialistischen Lagers zu fordernhoffen? Seien Sie versichert: Daraus wird nichts.»

For Marxists only

Wolfgang Harich, Betreuer der DDR-Feuerbach-Gesamtansage, der Interpret von Jean Paul, Herder, Rude Heym und scharfer Kritiker des Neo-Aristotelismus, scheinbar notorisches Schöngeist, hat hier einen Ansatz entwickelt, der sollte er Schule machen, Marxisten hüben und drüben gewichtige Impulse für eine Neuorientierung ihrer Theorie und Praxis geben dürfte. Aller-



In dieser Rubrik präsentiert, kommentiert und kritisiert «das konzept» neuerschene Bücher für seine Leser.

Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit.» (Kapitel I, 258)

2. Zwangsläufiger Kommunismus

Dieser Mangel der modernen marxistischen Theorie hindert die Linke bis heute daran, ein brauchbares Verhältnis zur Ökologie zu entwickeln und damit die praktisch-politische Sprengkraft der Ökologie im Kampf gegen den Kapitalismus zu erkennen. Denn: Unaufhörliches Wachstum, unbehinderte Ausplündering der natürlichen Ressourcen und Zerstörung aller natürlichen Lebensbedingungen sind Existenzbedingungen des Kapitalismus: «Der Kapitalismus kann, da Kapitalakkumulation und Kapitalverwertung sein Lebensgesetz sind, unmöglich von der erweiterten zur einfachen Reproduktion übergehen. Je geringer der Anteil ist, den die Arbeitersklasse vom Bruttosozialprodukt erhält, desto grössere Summen investieren die Bourgeoisie in die Erweiterung des umweltzerstörenden Rohstoffverschwendens – Reproduktionsprozesses. Erst der Sozialismus kennt diese Zwangsläufigkeit nicht mehr. Erst hier kann eine Einschränkung des Massenkonssums, je nach den Zielen, die sich die Wirtschaftsplanning setzt, sowohl der erweiterten Reproduktion als auch ganz anderen, entgegengesetzten Zielen dienen, z.B. dem Schutz der Natur, der Schonung der Ressourcen – ganz wie der Arbeiter- und Bauernstaat es aus unserer ökonomischen Beweggründen haben will.» (S. 112)

3. Klassenkampf und Okkampf

Sollte sich die These bestätigen, dass tatsächlich nur der Kommunismus fähig ist, die Menschheit vor dem Untergang zu bewahren, da nur er durch Wirtschaftsplanning, die nicht unter dem Zwang der Profitmaximierung steht, eine unter ökologischen Gesichtspunkten sinnvolle Güterproduktion erlaubt, könnte diese Erkenntnis eine durchschlagende Waffe der proletarischen Arbeiterschwung in einer Zeit, wo die ökonomische Arbeiterschwung in den hochindustrialisierten Ländern trotz Krise immer noch wenig Resonanz findet. Eine politische Strategie, die den Kampf um die unmittelbaren materiellen Interessen der Arbeiter und Angestellten mit dem Kampf um die Erhaltung der Biosphäre verbindet, also dem Kapital den kurzfristigen Schlupfweg über eine Profitsteigerung der Kosten der Lohnarbeiter verleiht, würde das System in einen unentrinnbaren Zangengriff nehmen. «Das Proletariat wird bereit sein, für die Erhaltung der Biosphäre, für die Rettung der Menschheit vor dem Untergang, auch für ein besseres und menschenwürdigeres Leben der Völker der dritten Welt jeder Opfer zu bringen, von dem die Menschheit nachweist, dass es nötig ist. Aber der Bourgeoisie wird es und soll es nichts opfern. Die Zukunft, sich im Raum in der des kapitalistischen Systems mit seinem wachsenden, beschleunigten Leben abzufinden, wird es ablehnen, mit vollem Recht. (...) Es müsste nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn unter diesen Umständen eine der Übergänge zum Kommunismus propagierende Aufklärungsarbeit, die politische, soziale und ökologische Argumente miteinander verknüpft, bei der Arbeiterklasse auf taube Ohren stiesse.» (S. 111+129).

Karl Hessler

Der Weg zum «Glück»

rk. Ein Buch, dem in der Krisenzeite ganz besondere Bedeutung zukommt, wird vom Institut für Personalwesen und Arbeitspsychologie (IPEA) zur rechten Zeit auf den Markt gebracht: «Leitfäden für den Vorgesetzten erscheint vor längerer Zeit». Das von Dr. F. Chapuis verfasste Buch will das «Schicksal des Menschen verbessern», damit dieser «an seinem Arbeitsplatz glücklicher» ist. In den «grundlegenden Bemerkungen» wird auch gleich Grund des Buches gelegt: «Im Grunde gibt es keinen Widerspruch zwischen den Forderungen des Geschäfts und den Anliegen des Personals. Demnach liegt es in Ihrem eigenen Interesse, Gutes zu leisten». Neben solch artigen wie naiven Ratschlägen wie «Variieren Sie die Höhe und Lautstärke Ihrer Stimme» und «Ziegen Sie Ihr Gebärdenspiel» wird allerdings auch handfest geratschlagt: «Es ist für Sie nur von Vorteil, wenn Sie immer Ihr Bestes hergeben.» «Je besser man seine Aufgabe erfüllt, desto lieber gewinnt man sie. Dazu hat man noch das Gefühl, seinen Lohn und seine Stellung regelrecht verdient zu haben.» Die Absicht des Buches wird immer klarer, und auch Hinweise auf Loyalität unter den Mitarbeitern können sie nicht verdecken: der Arbeiter oder Angestellte soll zu einem bestfunktionsierenden Glied in der Betriebsmaschine werden und so kaum Kosten, dafür aber um so mehr Profit schaffen. Schliesslich wird selbst dieses so sanftzügige Buch klassenkämpferisch: «Sie sollen wissen, was Sie sind und was Sie werden wollen. Erkennen Sie eindeutig Ihre Möglichkeiten und Grenzen. (...) Ein Mensch hat meistens das «Glück», das er verdient.» Dass dieses «Glück» in Anführungszeichen steht, muss wohl daran liegen, dass es für viele gar kein Glück ist, so viel «Glück» zu haben.

(Übrigens: man kann dieses Buch auch kaufen für 11.50 Franken beim IPEA, Seestrasse 274, 8038 Zürich.)

Der sozialistische Trick

Schuld war der Morgen Nebel über dem Osterlinzer Flughafen Schönfeld. Unsere Maschine nach Prag konnte nicht landen, wir verpassten den Anschluss nach Zürich und mussten deshalb über Frankfurt nach Hause fliegen. Ohne die Kette von Zufällen wäre mir nie die «Welt am Sonntag» in die Hände gekommen, ich hätte nie den Bericht über jenen Sportliefger, der aus der DDR nach Hamburg geflohen war, und auch die allwöchentliche Kolumne eines gewissen Hans Habe wäre mir entgangen.

Dank sei dem Nebel über Schönfeld. Seitnewegen weiss ich heute, dass ich in einem Land gewesen bin, das es nicht gibt, und seitnewegen ist mir auch bewusst, dass unsere öffentliche Meinung von einer Linken manipuliert wird, die «das politische Recht einer brutalen Minorität etablieren» will, die «sich in der Verachtung des Menschen» über und «Kubel von Unrat über den positiven Helden, das Ideal und nachahmungswerte Vorbild» ausschütten. Leider schweigt sich Herr Habe darüber aus, wer denn nun das «nachahmungswerte Vorbild» sei, und auch dem «Gegengift gegen Böll, Walser, Zwerenz, Engelmann und ihre Kopisten» weiss er leider keinen Namen zu geben. Schade! Ich hätt' es mir gern impfen lassen, damit ich endlich den Unrat dort erkenne, wo er wirklich ist.

Nun ergibt es mir wie dem Schwein, da ja den Dreck, in dem es sich suhlt, auch nicht als Dreck empfindet. Oder sollte ich das Bild andersum betrachten?

Denn: was Unrat ist, entscheiden schliesslich die Herren Habe und Springer ganz alleine, und gemeinsam treten sie auch den Beweis dafür an. Herr Axel

Springer, indem er verfügt, dass in seinem Blatt die DDR noch immer in Anführungszeichen gesetzt und damit zur politischen Inexistenz oder Scheineinführung verdammt wird. Herr Hans Habe, indem er der Linken einen Spiegel vorhält, der nichts weiter ist als ein Stück bemalter Pappe. Von Hans Habe bemalt, denn wer wäre berufener als er, festzustellen, dass die Linke die Gewalt propagiert, den Sadismus verherrlicht, in Blut und Pornographie badet, noble Vorbilder entthront, Autorität missachtet und Brutalität als des Menschen wahre Eigenschaft preist?

Aber mit Manipulation hat das nichts zu tun. Nein, manipulieren, das überlassen wir den Linken, die haben wir nicht nötig. Wir leben ja schlüssig in einer heißen Welt, und jede Gegenddarstellung ist ein niederrichtiger Versuch der Linken, zu beweisen, dass es in unserer Gesellschaft noch ungelistige Probleme gibt. Es gibt selbstverständlich keine, und wenn welche gibt, setzt man sie in Anführungszeichen, wie das Land jenseits der Elbe und behauptet, schuld daran sei das Fernsehen, weil es von den Linken beherrscht wird. Auch in der Schweiz. Nur behauptet das hier nicht Hans Habe, sondern Walther Hofer oder ein gewisser Herr Kleiner von der «NZZ». Aber warum geben sie nicht einen Schriftweiter und geben uns das Gegengift, auf dass auch wir erkennen die Menschenverachtung der Linken und das Heil unserer kapitalistischen Welt!

An all dem ist der Nebel über Schönfeld schuld, und ich bin überzeugt, das war ein sozialistischer Trick.

Klara Obermüller



SKIFAHREN FÜR BLUTIGE ANFÄNGER 6.-13.12.75 Fr. 295.-

In Klosters (Chesa Selfranga), Mehrbettzimmer, Halbpension, Skiuunterricht, 6-Tage-Aboonnement Parsenn-, Gotschna- und Pischagebiet

VORSASON-SKI-KURSE IN KLOSTERS 6.-13.12.75 13.-20.12.75 Fr. 380.-

In Klosters (Chesa Selfranga), Mehrbettzimmer, Halbpension, Skiunterricht, 6-Tage-Aboonnement Parsenn-, Gotschna- und Pischagebiet

LANGLAUFKURS IN KLOSTERS

6.-13.12.75 Fr. 260.-
In Klosters (Chesa Selfranga), Mehrbettzimmer, Vollpension, Langlaufunterricht



SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST
Basel, Bern, Luzern, St.Gallen, Zürich

W.M. Diggemann

Es geht auch anders:

Mediziner ohne Standesdünkel

Ärztliche Standesorganisationen gehören hierzulande zu den Mächtigen. Wie aber kann sich ein Mediziner Gehör verschaffen, der da nicht kritiklos mitmischen will? Eine Möglichkeit hierzu bietet die Mitarbeit in der Schweizerischen Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen (SGSG). Der VSS unterhielt sich mit einem Vertreter dieser Organisation.

«das konzept»: Was ist die Schweiz. Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen (SGSG), wie sind ihre Zielvorschriften?

SGSG: Die SGSG wurde im Mai 74 in Basel gegründet. Sie fasst fortschrittliche Kräfte zusammen, um Reformen im Gesundheitswesen zu erreichen, die tatsächlich zum Nutzen und zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung sind. Im besonderen setzt sie sich ein für die Überwindung krankmachender Lebens- und Arbeitsbedingungen, für eine Medizin, die die sozialen Ursachen und Folgen einer Krankheit berücksichtigt, für eine Verbesserung des Gesundheitsschutzes und für eine zuverlässige soziale Kranken- und Unfallversicherung.

Wo gibt es überall SGSG-Sektionen, wie arbeiten sie, wie ist die Mitgliederstruktur?

Die grösste Sektion besteht in Basel, wo die SGSG ja auch schon am längsten besteht. In mehreren anderen Städten gibt es Interessengruppen. Unsere

Mitglieder sind Schwestern, Pfleger, Ärzte, Medizinstudenten, Sozialarbeiter usw. Die SGSG ist parteipolitisch nicht gebunden und steht allen interessenten offen, die mit der Gründungsplattform einverstanden sind. Arbeitsgruppen erarbeiten Grundlagenmaterial zu längerfristigen Problemen und bereiten Stellungnahmen der SGSG zu aktuellen Fragen vor. In der Krankenversicherungsdebatte hat die SGSG aktiver den Vorschlag der SPs unterstützt.

Wir sehen in der laufenden Kürzung von Subventionen an die Krankenkassen und die Spitäler eine bedrohliche Entwicklung, werden doch die Kosten zunehmend auf die Versicherten überwälzt, wobei die unteren Einkommen durch Prämien- und Franchiseentnahmen usw. bedeutend stärker belastet werden als die hohen. Auch steht dieser finanzielle Mehrbelastung der Dritt-klasspatienten keineswegs ein erhöhtes medizinisches Leistungsangebot gegenüber. Im Gegenteil: Es ist ein Leistungsbau festzustellen: Ein untere Einkommensgruppe Franchisen verunmöglich einen rechtzeitigen Arztbesuch,

Zahnmedizin ist weiterhin nicht kassenpflichtig, an einen Ausbau der Sozial- und Präventivmedizin wird nicht gedacht.

Die SGSG hat mehrmals Spitzenpersonal in seinem Kampf gegen Lohnkürzungen unterstützt. Auch wenden wir uns gegen den rigorosen Stellenabbau. Stellenabbau führt zu einer derartigen Intensivierung der Arbeit der Pflegepersonals, dass eine optimale Pflege, wie v.a. der Dritt-klasspatienten, nicht gewährleistet ist. In der Frage des Schwangerschaftsabbruchs tritt die SGSG für eine konsequente Entkriminalisierung ein. Wir haben auch die neu lancierte Fristlösungsinitiative mit einer Unterschriftensammlungsaktion unterstützt.

Wie greift die SGSG in die Diskussion ein?

Wir geben zehnmal jährlich ein Bulletin heraus, das als kritisches gesundheitspolitisches Forum konzipiert ist (Abo: 10.–Jahr). Im Winter wird in verschiedenen Städten eine Vortragssitzung zu den Themen Stress am Arbeitsplatz, «Verstaatlichung» der Medizin, National Health Service stattfinden. Im Frühjahr organisieren wir eine Tagung zu Strukturfragen des Gesundheitswesens. Die SGSG will in all diesen Fragen eine Kraft sein, die konsequent für eine optimale medizinische Versorgung der breiten Bevölkerung, der Dritt-klasspatienten, eintritt.

Wie kann man mit der SGSG Kontakt aufnehmen?

Telefonieren oder schreiben Sie uns. Unser Büro in Basel ist täglich geöffnet von 10.00 bis 12.00. Tel. (061) 49 82 24. Verlangen Sie unser Bulletin! Unsere Adresse ist: SGSG, Postfach 168, 4001 Basel.

O. Gsell: «Dieser anonyme Bericht ist ein ganz schwaches Produkt und muss aus den lokalen Verhältnissen begründet werden.» Einige Trouvaillen: Es wird behauptet – dies findet sich bereits bei Delachaux vorskizziert (und findet sich ebenfalls im Jahresbericht der Medizinischen Gesellschaft) – die Weltgesundheitsorganisation (WHO) habe 1968 als Planziel eine Ärztedichte von 1:450 aufgestellt. Liest man den zitierten Bericht – was die Herren Verfasser offenbar unterlassen –, so entdeckt man, dass dieses Planziel im ganzen Bericht nie genannt wird; ebenfalls erfunden ist eine gleichlautende Empfehlung des Europarats; ebenfalls das Planziel 1985 für Schweden, nämlich 1:430. Es beträgt in Wirklichkeit 1:357. Zum Vergleich: USSR: 1:278.

Mit der «echten Sorge um die optimale Gestaltung des Gesundheitswesens» scheint es also doch nicht gar so weit her zu sein.

Wissenschaftlich dürtig – politischbrisant

Auch das wäre noch nicht weiter schlüssig, wenn solche Studien schnell und diskret dorthin verschwinden würden, wo Unbrauchbares hingeht. Dem aber ist beileibe nicht so: erst kürzlich wieder verwendete der Zürcher Stadtarzt die obskuren Zahlen der Basler Studie zur Begründung seiner ablehnenden Stellungnahme zur Volksinitiative für Quartierpolikliniken, und die «NZZ» drückte diese Begründung auch getreuheitlich ab – ohne den geringsten Hinweis auf die Herkunft des zweifelhaften Materials. Nur wie vorher auch die Politik betrieben, die zu ihrer Rechtfertigung auf dauernden Grundlagen angewiesen ist. Und noch etwas springt ins Auge: Die Interessen der ärztlichen Standesorganisationen an der Aufrechterhaltung ständiger Privilegien und diejenigen bürgerlicher Politiker an der Gewinnhalterung der Kosten des «produktiven» Gesundheitswesens sind heute in ihren praktisch-politischen Konsequenzen durchaus gleichgerichtet. Daher ist es auch ganz leicht, etwa erstaunlich, dass die Parolen der Ärzteorganisationen und ihrer prognosafabrizierenden Adlanten einen so manifesten politischen Widerhall finden. Anders gesagt: Würde diese Konstellation prüchig gerieten, die Forderungen der Ärzteschaft in einem offenen Gegenzug zu denjenigen bürgerlicher Politik – es dürfte nicht erstaunlich, wenn es dann mit dem politischen Einfluss der Standesorganisationen plötzlich viel weniger weit her wäre ... Ein wesentlicher Begriff konnte hier noch keiner ausführlichen Kritik unterzogen werden: das Schwammwort «Ärztedichte». Es wurde zwar oben benutzt – zu zeigen bleibt, dass die heute übliche Verwendung mehr Verwirrung zu stiften als wegzu schaffen pflegt. Warum so ist und wie es zu ändern wäre: mehr darüber auf der VSS-Seite im nächsten «konzept».

Nicht nur, dass die Basler Studie, welche – wie es der «Zufall» so wollte – gleich in zweifacher Auflage verbreitet wurde, aus einer schlecht beleumdeten und unqualifizierten Quelle schöpft, ihre «Wissenschaftlichkeit» spottet jeder Beschreibung. Dazu Prof. ... und ihre Machart

dass zu viele potentielle Berufskonkurrenten herangebildet werden. Auch wäre es möglich, dass bestimmte Arbeitgeber vor allem auch darauf ausgehen, sich in Zukunft nicht zu kostspielige Arbeitnehmer zu sichern. Solche subjektive Erwartungen können in den jeder Manipulationen offenen «Manpower approach» in hohem Maße einfressen und ihn möglicherweise verfälschen. Nicht jede Stimme, die die Gefahr eines zukünftigen Akademikerproletariats und im besonderen einer möglichen Ärztephthora beschwört, tut dies also aus echter Sorge, sondern es können sich dahinter sehr handfeste Gruppeninteressen verbergen...»

Die Basler Studie ist im wesentlichen eine Neuauflage der Delachaux/Junod-Studie ...



Herr Professor Fromm spricht jetzt über einen sehr wesentlichen Bereich ärztlichen Wirkens ...

Soeben in der Verlagsgenossenschaft erschienen:

Franz Rueb

«Alfred Rasser»

Eine Monographie

288 Seiten, 83 Abbildungen, 28.50 Fr.

Rassers Jugend * Rassers Schaffen in Cabaret, Volkstheater und Film * Rassers Philosophen * Der Moralist * Der Kämpfer * Der Anti-Antikommunist * Der Antifaschist * Sozialist? Kommunist? * Die China-Reise 1954 und die Folgen * Läppli der Volksfeind * Nationalrat Läppli * Nationalrat Rasser!

Ein Stück Zeitgeschichte und Kulturgeschichte der Schweiz *

Ärzte sind für Patienten da

Eine Gewerkschaft, stelle man sich ein mal vor, würde verlaubtieren lassen, sie erachte den Bedarf an Chemiearbeitern, Lehrern, Eisenlegern, Typographen (oder welche Sparte sie eben grade vertrate) als gedeckt, und es sollen doch bitte nur noch genau so viele Leute diesen Beruf ergreifen, wie zum Ersatz der pensionierten, verstorbenen oder sonstwie nicht mehr beruflich aktiven Personen benötigt würden. Die Vorstellung erweckt vermutlich ein mildes Lächeln.

Weiter denke man sich nun aber, diese Gewerkschaft hätte einen ganz wesentlichen Einfluss auf die Ausbildungspolitik für den betreffenden Beruf, ihre Stellungnahmen könnten dazu führen, dass zum Beispiel die Neueröffnung einer Gewerbeschule auf dem politischen Parkett unter Hinweis auf eben diese Stellungnahmen wirksam hintertrieben würde. Diese Vorstellung dürfte wohl schon eher Kopfschütteln auslösen.

Und schliesslich: Diese Gewerkschaft hätte die Möglichkeit, einen entscheidenden und zur Berufsausübung so gut wie unerlässlichen Teil der Ausbildung in eigener Regie zu kontrollieren. Das Kopfschütteln dürfte in Entrüstung umschlagen.

Warum schlägt es denn heute nicht um? Warum müssen erst 100 Studenten ihren Studienort zwangswise zugewiesen bekommen, müssen erst die Warteräume der Polikliniken immer voller und die praktischen Ärzte auf dem Lande immer seltener werden, bis die Alarmglocke gezogen wird? Denn was sich die Verfasser gewisser Ärztebedarfssprognosen – unterstellt von ärztlichen Standesorganisationen – in letzter Zeit geleistet haben, unterscheidet sich tatsächlich nicht sehr von der eingangs konstruierten Situation. Mit einem wesentlichen Unterschied allerdings: verteidigen Ärzte ihre Rechte, so wissen bürgerliche Medien alsogleich

VSS

Verband der Schweizerischen Standesorganisationen Eidgenössische 9 3012 Bern Tel. (031) 23 28 18

von Subversion, Inflationstreiterei und roter Gefahr zu berichten – versuchen Privilegierte, ihre Privilegien zu erhalten, so herrscht Schweigen oder sogenannte «neutrale Berichterstattung» vor.

Einen wesentlichen Anteil der für solche Zustände jeweils notwendigen ideologischen Verbrämung leistet ohne Zweifel ein Bild des Arztes, das mit der Realität nicht mehr viel gemein hat: Der Arzt als Autoritätsfigur, als Vaterfigur, als selbstloser Helfer, mit dem über Geld zu reichen schon fast ein Sakrileg ist – dieses Bild verhindert natürlich eine Gesundheitspolitik im Interesse der Bevölkerung. Und es verhindert vor allem, dass die möglichen Alternativen zum «Arzt als (Klein-)Unternehmer» wirklich zum Tragen kommen: Eine Vielzahl von Ärzten in Gruppenpraxen, staatlichen Ambulatorien, Polikliniken usw. würde eben den so einträchtigen Nimbus zerstören.

Zwei Missverständnisse sollten nicht entstehen: Zum ersten möge man uns bitten nicht vorwerfen, wir vertraten die Zielvorstellung einer durch technische Massnahmen optimisierten, vom Wert der persönlichen Beziehung zwischen Arzt und Patient entleerten Medizin. Wenn wir gegen eine mystische Verschleierung des Arztberufs Stellung beziehen, so meinen wir, dass eben gerade eine sachlichere – in gewissem Sinne «partner-schaftlichere» – Beziehung zum Arzt dem Kranken mehr nützt als eine Heldenverehrung à la Grossheroman. Und zum zweiten: Wir wissen sehr wohl, dass gut und sehr gut verdienende Ärzte dafür auch arbeiten – im Gegensatz zu andern Leuten, die (oft noch höhere) arbeitslose Einkommen beziehen. Es geht uns keinesfalls darum, den Wert dieser Arbeitsleistung zu bagatellisieren. Nur halten wir sie nicht für eine so sehr von andern Arbeitsleistungen verschiedenes Sachze, dass wir den Zweck von Sonderprivilegien einsehen.

Solche Sonderprivilegien wird es aber geben, solange ärztliche Standesorganisationen selbst über bedeutende Teile der Medizinausbildung und der Gesundheitspolitik entscheiden. Ärzte aber, und das sollte man nicht vergessen, sind kein Selbstzweck: Ärzte sind für Patienten da. Und auch wenn mancher das vielleicht gerne verdrängt: Patienten können wir alle mal sein. Und deshalb gibt es auch nur eine Instanz, die aufrufen ist, über alle Belange der Gesundheitspolitik in unserem Staat mitzureden: wir alle.

Werner G. Hoffmann

GE-PRESS-T

► Die Schweiz ist eine Drehscheibe internationalen Handels mit Blut, der hohe Profite abwirft. Solches Blut wird zum Beispiel in Bolivien Spenden bis Mai monatlich gegen 2.50 \$ abgenommen. Die elenden Boliviander, die mit dem Verkauf ihres Blutes nur einmal weniger erhalten, als es das Reglement der Regierung vorschreibt, werden durch solche Praktiken auf unmenschlichste Weise geschwächt.

«Mit Recht», so konnte man offenbar vor 22 Jahren noch schreiben, würden die ärztlichen Standesorganisationen ihre Sonderinteressen durchzusetzen versuchen. Nun, man ist inzwischen etwas vorsichtiger geworden, was die Wahl der Worte betrifft. Durchaus nicht vorsichtiger aber erscheint die Politik, die durchwegs auf eine Beschränkung der Ärztezahl hinausläuft:

1970: Prof. Gsell erklärt vor der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK), dass innerer Kürze mit einem Arzteiüberschuss zu rechnen sei, Prof. Dr. Eichenberger (damals Rektor Uni Basel) fordert den Abschluss eines Kontraktes zur Vorbereitung des Numerus clausus (NC), und der Regierungsrat des Kantons Bern legt die Kapazitäten der Medizinischen Fakultät durch Beschluss fest.

1971: Die Kantone Aargau und Luzern beziehen sich auf die Erklärungen Prof. Gsell und begründen so den Verzicht auf die Schaffung weiterer medizinischer Ausbildungssätze.

1972: Prof. Dr. med. Delachaux spricht sich für eine drastische Reduktion der Anzahl der Studienanfänger in der Medizin aus. Es erfolgt die Ankündigung der ersten Voranmeldeaktion durch die SHK.

1973: Die Voranmeldeaktion spielt erstmals.

1974: Die Interpellation Gautier (zur Zahl der Medizinstudenten) verwendet die Zahlen der Delachaux-Studie. Eine «Neuauflage» dieser Studie wird in Basel erarbeitet (=Basler Studie).

1975: Der Kanton St. Gallen stellt die Pläne zur Errichtung einer medizinischen Akademie zurück. Gewichtige Argumentationsbasis im Grossen Rat: Die «Basler Studie» ...

Nun wäre es ja theoretisch immerhin denkbar, dass dieser ganzen Politik tatsächlich eine echte Sorge um die optimale Gestaltung des Gesundheitswesens zugrunde läge. Dann aber müssten die jeweils erstellten und eifrig zitierten Studien zum mindesten den an wissenschaftliche Untersuchungen zu stellen den Anforderungen gerecht werden. Schauen wir uns in diesem Sinne aber beispielweise die Studie des Basler Sanitätsdepartements («Bericht über den künftigen Arztedarf der Schweiz und dessen Rückwirkung auf die Bedarfsschäden am Medizinstudenten und auf die Art der medizinischen Ausbildung», Basel 1974) etwas näher an.

Zahlen aus Basel ...

Ausgehend von einer behaupteten Arztedichte in der Schweiz von heute

Studentische Selbsthilfeorganisationen erproben neue Wohnformen (II)

Wohnungen kommen nicht selbst

In der Juni-Nummer hat sich die Studentische Wohngenossenschaft Zürich (WoGe) vorgestellt. Das Schwergewicht lag dabei auf den ausführlichen Darstellungen des WoGe-Wohnmödells: das Wohnen in Gruppen und in Selbstverwaltung. In dieser Nummer schliessen die beiden entsprechenden Organisationen in Basel und Bern die Reihe vorläufig ab. Es geht hier

mehr um die finanziellen und organisatorischen Probleme wie auch um die Schwierigkeit, (studentischen) Wohnraum zu beschaffen. Die Verschiedenartigkeit der Beiträge soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich alle drei beschriebenen Körperschaften in ähnlicher Richtung bewegen. Wobei allerdings der Grad der Realisierung recht unterschiedlich ist.

Basel: Sorgen mit Geld und Arbeit

Als die WoVe (Verein Studentische Wohnvermittlung) im Herbst 1970 das erste Haus übernahm, schleptten die Vorstandsmitglieder Küchenmöbel und Putzgerät herbei und stellten den ersten Anwärtern auf der Warteliste Mietverträge aus. Dann zogen sie sich ins Büro zurück und waren überzeugt, die zusammengewürfelten Mieter würden nicht nur von den Vorteilen kollektiver Haushaltsführung profitieren, sondern auch die im Haus anfallenden Putz- und anderen Arbeiten gemeinsam erledigen und so das Ideal der Selbstverwaltung verwirklichen. Nichts dergleichen geschah.

Diese Erfahrungen zwangen die WoVe, einerseits ein Minimum an Vorschriften in der Hausordnung festzuhalten und andererseits bei der Vermietung auf die Zusammensetzung der Gruppe zu achten (vgl. grossen Kasten).

Woher kommt das Geld?

Das leidige Problem der Abbruchliegenschaften, die immer nur auf Abruf zu mieten sind, konnte nur gelöst werden, wenn der WoVe eigener Wohnraum zur Verfügung stand. Deshalb wurde für Projekte wie Liegenschaftskauf oder Zeichnung von Genossenschaftsanteilschein eine Art Fonds errichtet, der sich zurzeit auf 62 000 Franken beläuft. Gepeist wurde er während dreier Jahre – bis zur gerichtlichen Aufhebung der Zwangskörperschaft im Herbst 1974 – durch Beiträge von zwei Franken pro Student und Semester, welche die Studentenschaft zugunsten der WoVe einzog. In der neuen Gebührenordnung der Universität Basel ist zwar wieder der selbe Beitrag für studentisches Wohnen vorgesehen; ob diese Beiträge dann ganz der WoVe zufließen werden, ist allerdings noch offen. Somit ist auch die künftige Aufstockung des Fonds noch ungewiss.

Im Sommer 1971 versuchte die WoVe einige Liegenschaften zu erwerben. Durch die hohen Preise und unser geringes Eigenkapital sind wir auf staatliche Hilfe angewiesen, wenn eine preisgünstige Vermietung überhaupt noch drinliegen soll. Doch ehe noch unsere Gesuche um Staatsbeiträge beantwortet waren, hatten die Liegenschaften bereits den Eigentümer gewechselt. Die Tragheit in der Finanzierungsfrage machte die WoVe auf dem Liegenschaftsmarkt völlig konkurrenzunfähig.

Genossenschaft als Lösung

Im Herbst 1972 wurde zusammen mit Wohngemeinschaften die Genossenschaft für Wohngemeinschaften (WoGe) gegründet. Bereits im November 1972 stellte die WoGe dem baselstädtischen Regierungsrat das Gesuch, der Genossenschaft im Rahmen der Übertragung des alten Schlachthofs (zentral gelegenes Staatsgelände) ein Baurecht für subventionsberechtigte 6- bis 8-Zimmerwohnungen für 120 Personen einzuräumen.

WoVe Basel

Der Verein «WoVe» Basel in Stichworten

• Rückblick:

1969/70: Eine Arbeitsgruppe in der Sozialkommission der Studentenschaft studiert Organisationsformen studentischer Selbsthilfe auf dem Wohnungssektor und knüpft erste Beziehungen zu Liegenschaftseigentümern und staatlichen Stellen.

Im Herbst 1970 werden die ersten Wohnungen gemietet und der «Verein Studentische Wohnvermittlung (WoVe)» gegründet. Obwohl das Zimmerangebot dank dem kantonalen und eidgenössischen Abbruchverbot beschränkt war, kann die endgültige Ausweitung nicht befriedigt werden.

1972 wird die Genossenschaft für Wohnungsmeinheit (WoGe) gegründet.

Heute vermietet die WoVe 280 Zimmer.

• Strukturen:

Neben der Studentenschaft Basel gehören der WoVe etwa 30 Personen, vorwiegend Mieter und ehemalige Mitarbeiter, an. Obwohl die Rechtsform des Vereins den Mitgliedern weitgehende Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten bietet, beschreibt sich die Vereinsleitung auf die jährliche Generalversammlung:

Die Arbeit lastet vollständig auf dem Vorstand, der bisher aus fünf Mitgliedern bestand. Neuerdings ist die Zahl unbegrenzt, doch konnten noch keine neuen Mitglieder gefunden werden, was wohl auf die magere Entlohnung – zurzeit 7.50 Fr./h. – und das geringe Sozialprestige zurückzuführen ist. Jedes Vorstandsmitglied trennt einen Teil der WoVe-Liegenschaften als Hausverwalter und ist in diesen für Vermietung, Reparaturen, Kontakt zu Mieter und Vermieter usw. zuständig.

• Mietbedingungen:

In den 280 unmißbaren vermieteten – Zimmern der WoVe wohnen nicht nur Studenten; auch Personen, die in anderer Ausbildung stehen, kön-

Auch hier sind wir allerdings auf staatliche Hilfe angewiesen – die Mieter der ohne Subventionen erstellten Neu- bauten dürften bekannt sein.

Die allzu verschiedenartigen Interessen der Genossenschaften konnten den Aufbau der WoGe nicht vorantreiben. Da der Kanton Basel-Stadt als Hochschulträger nicht bereit ist, Unterkünfte für Studenten zu erstellen, jedoch private Vorhaben unterstützt, ist die WoGe bestrebt, die Genossenschaft zu erhalten. Um eine kontinuierliche Arbeit für die Genossenschaft zu gewährleisten und die Abhängigkeit von Einzelpersonen auszuschliessen, wird die Genossenschaft nur noch mit juristischen Personen weitergeführt.

Die Eingabe Schlachthofareal ist noch immer hängig. An einer Pressekonferenz wurde immerhin erwähnt, dass Studentenwohnungen vorgesehen seien; in welcher Grösseordnung aber und ob die WoGe einbezogen wird, ist noch nicht geklärt. Entscheidend wird die Frage der Subventionierung sein; Das kantonale Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaus sieht einzig die Förderung preisgünstiger Familien-, Alters- und Invalidenwohnungen vor. Kantonalen Hilfe kann der WoGe nur durch einen referendumsfähigen Grossratsbeschluss zuteil werden. Beim Bau von Lehrer- und Studentenheimen pflegt der Kanton jeweils ein Drittel der Baukosten an fonds perdu zuzuschützen. Zeitweise erzielte das noch junge eidgenössische Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz neuerdings Bruderschaften an Wohnungen für Personen, die in Ausbildung stehen.

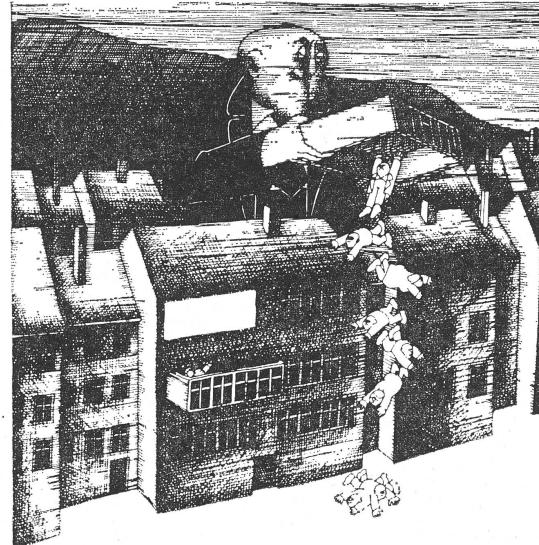
Die Krise betrifft auch das studentische Wohnen

Probleme bietet ferner die weitere Finanzierung der Verwaltungskosten. Von Anfang an war die WoVe der Ansicht, die Lohnkosten sollten nicht auf die Mieter abgewälzt, sondern vom Kanton getragen werden, der auch die Studentenheime unterstützt. Anfänglich leisteten die Vorstandsmitglieder das beträchtliche Arbeitspensum (etwa 35 Wochenstunden) ehrenamtlich. Dank Beiträgen aus dem Lotteriefond des Kantons Basel-Stadt konnten von 1972 an beschiedene Stundenlöhne bezahlt werden, doch werden diese Beiträge Ende September erschöpft sein. Eine Eingabe ins Budget 1976 des Kantons Basel-Stadt wird derzeit vorbereitet.

Die heutige Wirtschaftsschafft macht es Studenten schwer, eine Teilzeit- oder Ferienarbeit zu finden, was insbesondere Stipendienbegüter und Werkstudenten betroffen ist. Bereits in den ersten Monaten der Genossenschaft trifft die Warteliste der WoVe, ist denn auch entsprechend geschrumpft.

Nun wie vor erachten wir es aber als nötig, Alternativen zum herkömmlichen Wohnen anzubieten, die auch für Personen erschwinglich sind, die sich in Ausbildung befinden.

WoVe Basel



Bern: Aufwind durch die Krise

Wie anderswo verstärkte sich auch in Bern seit längerer Zeit der Trend der Studenten zu selbständigen und gemeinsamen Wohnen. In einer Umfrage zur sozialen Lage der Studenten, durchgeführt von der Sozialkommission der Studentenschaft, gab ein Drittel der Befragten die Wohngemeinschaft als bevorzugte Wohnform an. Im Winter 1972/73 versuchte deshalb die Studentenschaft, einen Vermittlungsdienst für Adressen von Wohnungsbewitzern aufzuziehen, die bereit waren, an Studenten zu vermieten. Das klägliche Resultat grosser Anstrengungen – regelmässige Inserrate in der Tagespresse und Anschriften von Insessoren – war ein Einfamilienhaus und eine Dreizimmerwohnung. Hingerichtet hatten sich auf der Warteliste in kurzer Zeit über 200 Personen eingetragen.

Entmutigender Anfang

Das solchermassen ausgewiesene grosse Bedürfnis führte im Juni 1973 zur Gründung des Vereins Studentische Wohnvermittlung Bern (SWB). Danen besteht nach wie vor die von der Studentenschaft betriebene Zimmervermittlung, welche kostenlos Adressen von freien Ziimmern und Mansarden abgibt.

Die SWB ist somit die jüngste studentische Wohnvermittlungorganisation an den Schweizer Universitäten. Statuten und Organisation lehnen sich stark an die bestehenden Vorbilder, vor allem an jenes von Basel, an.

Schwierigkeiten bot einmal die Beschaffung von Finanzen. Die in Bern für studentische Geldbegehrungen zuständige «Kasse für studentische Zwecke» gewährte dem Verein ein grösseres Startkapital als Dasein. Der VSS reagierte mit einem Solidaritätsbeitrag grosszügiger. Eine grossangelegte Bettelbriefaktion deckte knapp die damit verbundenen Unkosten. Die Wohnungssuchter verlieren auch nicht eben ermutigt: Bis Mitte 1974 konnten ganze acht Zimmer gemietet werden. Verhandlungen mit Kanton und verschiedenen Institutionen und Organisationen verlieren alle ergebnislos.

Seither verbesserte sich die Situation zusehends. Das Angebot an Wohnungen beläuft sich gegenwärtig auf über achtzig Zimmer. Dieser erfreuliche Zuwachs ist einerseits darauf zurückzuführen, dass der geschäftliche Verhandlungskreis wuchs. Andererseits konnte der Verein von der sich verschärfenden Wirtschaftslage insofern profitieren, als verschiedene Unternehmen und Betriebe ihre Gasterbeiterbestände reduzierten und den dadurch frei gewordenen Wohnraum zur Miete anboten. Die Wirtschaftsentwicklung hat auch zur Folge, dass gemietete Abbruchhäuser zunimmt in naher Zukunft vor Zerstörung verschont werden.

Vermietungspraxis

Die Objekte werden in der Regel an schon bestehende Gruppen abgegeben, die sich als solche auf der Warteliste eingetragen haben. Die Gruppengröße schwankt in der Regel zwischen drei und sieben Mitgliedern, doch existiert auch eine 10-köpfige Wohngemeinschaft

Adressen und Hinweise

Ab Herbst ist bei den Studentenschaften eine Broschüre erhältlich mit Adressen und Angaben über sämtliche Stellen, die Wohnraum vermittelnd oder selbst zur Erfüllung stehend. Die Broschüre des WOKO ist untergebrachte Gratiskarte enthält auch Angaben über Lage, Preis, Komfort und Wohnmodus der betreffenden Objekte.

Der Schweizerische Studentenrat, dessen 4. Auflage im Juli erschien, bringt den neuesten Adressenstand der Zimmer- und Wohnvermittlungsstellen aller Hochschulstädte in der Schweiz. Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem VSS, Verlag Paul Haupt, Bern, erhältlich in den Buchhandlungen (9.70 Fr.).

Vom politischen Wohnen

«Dann zogen sie sich ins Büro zurück und waren überzeugt, die zusammengefalteten Mieter würden ... das Ideal der Selbstverwaltung verwirklichen.» Mit selbstironischen Unterton zeigt die «Studentische Wohnvermittlung» in Basel, wie es offenbar nicht geht: Wohnen als Ergebnis eines Verwaltungsaufsatzes, als Resultante eines Quadratmeterpreis, Ajavorrat und Küchenbenützungsgesetz – das ergibt noch längst keine Alternative. Bei Lemprozess aller Beteiligten einzusetzen, bevor studentische Organisationen dazu gelangen, in diesem wichtigen – sozialen Bereich mehr als nur Lückenbesserungen leisten zu können.

Bei den hier beschriebenen Organisationen (vgl. auch Juninummer) scheint dieser Schritt genau zu sein; recht klare Vorstellungen über Wohnmodelle, aber auch über Mittel und Wege zur Verwirklichung, mögen einen überraschen, die sich anhören unter studentischen Wohnvermittlungen gerade einen Karteikasten mit Adressetiketten wohlwollender Schlummermutter vorgestellt haben. Dennoch bleibt die Frage, wem das Ganze denn nun eigentlich nutzt. Wäre es, so könnte man sich heute fragen, nicht sinnvoller, alle vorhandenen Kräfte auf die Erhaltung jener Organisationen zu verwinden, die den Aufbau auch der studentischen Wohndienste überhaupt ermöglicht haben – der verfassten Studentenschaften also – und sich erst nach deren Konsolidierung wieder um den Bereich der sozialen Dienstleistungen zu kümmern?

Die Frage ist verständlich, doch letztlich falsch gestellt. Es kann ja nicht darum gehen, einen leeren Ballon namens «Studentenschaft» über die Runden zu bringen. Nur die Beschäftigung mit den konkreten Bedürfnissen der in Ausbildung befindlichen und der immer neu zu leistende Beweis, dass allein selbstverwaltete und unabhängige Organisationen zur Erarbeitung und Konkretisierung von wirklichen Alternativen fähig sind, wird die ewige Argumentation widerlegen, dass die Studentenschaften ja eigentlich «überflüssig» seien, da ihre Leistungen ebensogut von der jeweiligen Hochschulverwaltung erbracht werden könnten.

Dazu kommt etwas anderes: Gerade der Wohnbereich ist durchaus nicht so spottisch neutral, wie oft etwa vorgegeben wird. Nicht umsonst wurde die kleinbürgerliche Dreizimmerwohnung als wichtiger Nährboden für die Massenbewegung des deutschen Faschismus bezeichnet.

Auch bei Gruppen wird in der Regel mit jedem Mitglied ein eigener Vertrag abgeschlossen. Die Verteilung der Zimmer und des Mietzinses innerhalb der Wohnung wird aber der Gruppe überlassen. Diese Regelung ermöglicht ihr, sich nach ihren Bedürfnissen einzurichten. Sie fordert auch die gewünschte teilweise Selbstverwaltung. Ziel des Vereins ist ja nicht nur die Bereitstellung von billigem Wohnraum, sondern es soll alternatives Wohnen in Gruppen ermöglicht werden.

Interessant ist dann aber die Feststellung, dass Objekte, die von den Mieter beispielweise gestrichen werden müssen, müssen (die Farben stellt der Verein zur Verfügung), nur schwer vermietet werden können.

Einsprechend den Statuten will der Verein vor allem Studenten in ihren Wohnproblemen helfen. Dies bedeutet, dass auch nichtstudentische Mitglieder einer angemeldeten Gruppe ohne weiteres in mit in die Wohnung einzühlen können.

Heutige Schwierigkeiten
Die Berner Wohnvermittlung steckt noch immer in der Startphase. Diese Situation hefert einige zusätzliche Schwierigkeiten: So müssen einige günstige Objekte wegen fehlender Kapitalreserven ausgeschlagen werden. Ein Objekt kann erst gemietet werden, wenn die zukünftigen Mieter bereits feststehen. Eine grössere Wohnung, die während Wochen leersteht, bringt den Verlust an den Rand des finanziellen Ruins. Auf Wohnungen und Häuser, die grosse Investitionen für Renovierungen und Ähnliches erfordern, muss wegen fehlender Finanzen ebenfalls verzichtet werden.

Andere Probleme sind eher struktureller Art: Heute liegt der Schwerpunkt im freien Wohnungsmarkt auf den Zwei- bis Dreizimmerwohnungen. Vierzimmerwohnungen sind schon deutlich seltener, Fünfzimmer- und grössere Wohnungen gibt es fast keine zu massigen Preisen. Die ideale Größe für eine Wohnguppe dürfte aber bei vier bis sechs Personen liegen.

Andere Probleme sind eher struktureller Art: Heute liegt der Schwerpunkt im freien Wohnungsmarkt auf den Zwei- bis Dreizimmerwohnungen. Vierzimmerwohnungen sind schon deutlich seltener, Fünfzimmer- und grössere Wohnungen gibt es fast keine zu massigen Preisen. Die ideale Größe für eine Wohnguppe dürfte aber bei vier bis sechs Personen liegen.

Und genau hier tritt die Tätigkeit studentischer Wohnorganisationen aus dem Bereich einer getreuen Verwaltung nützlicher Dienstleistungen in denjenigen politischer Bedeutung über. Wenn gezeigt werden kann, dass auch Wohnformen lebensfähig sind, die sich nicht mehr blosse herabgebrachte Normen unserer Gesellschaft messen, muss gezeigt werden kann, dass diese Normen eben ganz allgemein kritisierbar und veränderbar sind: dass also jede bestehende Norm nichts anderes ist als der Ausdruck des gegenwärtig erreichten Entwicklungstands. So trivial dies scheinen mag: Das nicht nur zu wissen, sondern konkret zu erfahren ist wohl Voraussetzung jeder Praxis, die das Prädikat «verändernd» für sich in Anspruch nehmen will.

Werner G. Hoffmann

GE-PRESENT
arbeit & wirtschaft

\$ Erhöhter Gewinn der Société suisse pour l'industrie hollogène. Gleichzeitig haben die Arbeiter eine reduzierte Arbeitszeit und natürlich reduzierten Lohn von 20% hinzunehmen.

\$ Die Zahl der Konkursöffnungen in der Schweiz hat im ersten Halbjahr 1975 um 55% auf 424 zugenommen.

\$ Ende Juni gab es in der Schweiz 7531 einbeschriebene Arbeitslose oder 1000 mehr als Ende Mai.

\$ Nach einer Statistik des Internationale Arbeitsamtes (ILO) ereignen sich jährlich über 50 Mio. Arbeitsunfälle auf der ganzen Welt, das sind täglich 160 000.

\$ Die Schweiz: Unfallversicherungsanstalt (SUVA) gibt für die Schweiz und Jahr 1973 eine Zahl von 273 900 Berufsunfällen und -krankheiten an; der grössere Teil davon, nämlich 136 900, gilt als «ordentliche Unfälle», während 4700 Berufskrankheiten sind.

Spanien nach Franco

Muerte a la Muerte – Viva España

pf. Mit dem Verschwinden des 83jährigen Greises Franco hat Spanien seinen Besitzer verloren, den väterlichen Diktator, der es behandelte wie sein eigenes Zuchtgärtchen – von Zeit zu Zeit ein Paar Exekutionen zur Unkrautverteilung. Hunderttausende haben während des Bürgerkriegs ihr Leben lassen müssen, 192 684 Exekutionsbefehle hat der Caudillo allein in der Zeit zwischen 1939 und 1944 persönlich unterschrieben.

Am 24. Oktober, kurz nachdem zum ersten Mal die alzulange verschwiegenen Arzbeobachtungen in der spanischen Presse abgedruckt wurden und die durch widersprüchliche Gerüchte, abgespeiste Öffentlichkeit Spaniens offiziell über den Gesundheitszustand des Caudillo orientiert wurde, kam in Paris eine Pressekonferenz der Junta Democrática de España (J.D.E.) statt. Dieser Gruppierung gehören verschiedene Gruppen und Parteien an, die seit langem für die Demokratie in Spanien einstehen: von Opus Dei bis zum Partido comunista de España, ohne die Rechtsradikalen, die FRAP (Frente revolucionario antifascista popular), die ETA (baskische Opposition) und die verschiedenen trotzkistischen Gruppen. Es soll hier dem Inhalt nach das Communiqué, das unter anderem den Herren *Vidal Beneyto, Rafael Calvo Serer, Luis Villalonga und Santiago Carrillo* herausgegeben wurde, wiedergegeben werden.

Rechte Papierträger

In erster Linie wurde die Krankheit des Staatschefs zum Staatsgeheimnis gemacht wegen der enormen politischen Bedeutung, die dem Tod und damit dem endgültigen Verschwinden des Greises von der politischen Bühne beigemessen wird. In den Augenblicken, da in den grossen Städten des Landes, um die möglichen Konsequenzen des Todes des Tyrannen gehabt wird, scheint die extreme Rechte das Geschehen mit gewisser Sorglosigkeit zu verfolgen. Wenn auch zu befürchten ist, dass es die extreme Rechte im Moment, wo in Spanien der Ruf nach Demokratie ertönt, zu blutigen Auseinandersetzungen kommen lassen könnte, so darf doch festgestellt werden, dass sie gegenwärtig weit weniger Kraft als Macht hat. Sie sieht nach dem Verschwinden Francos ohne Leader da, der sie zusammenhält, zerstritten durch die Machtkämpfe ihrer verschiedenen Exponenten. Sicher mag in einigen Fällen, die möglichste Teilnahme der Rechtsradikalen am Entscheidungsprozess unterschätzt werden, jedoch gestht man ihr nur wenige Chancen zu, trotz ihrem polizeilichen Charakter. Diese Überlegung und das

Haltung muss man klar auf dem Hintergrund einer Linie sehen, die die Junta Democrática und andere Einheitsorganisationen seit Jahren vertreten, nämlich der konsequenten Arbeit auf das Ziel hin, bei Ende der Diktatur eine «Nationale Demokratische Bewegung» mit der Basis im Volk bereits ins Leben gerufen zu haben und bedingungslos zu unterstützen. Einstimmig in der Ansicht mit anderen bereits in einer demokratischen Plattform vereinigten Gruppen wird hier gesagt, dass eine in den Massen verankerte Aktivität nur dann zustande kommen könnte, wenn keine einzige oppositionelle Gruppe von der Teilnahme ausgeschlossen würde. Weiter müssten die Gewerkschaften legalisiert werden und den Arbeitern das Streikrecht zugestanden werden. Gegenwärtig ist nur die franquistische Einheitsgewerkschaft zugelassen, und jede Art von Streik ist streng verboten und wird mit schärfsten Repressalien bestraft.

Wahlen in Aussicht?

Diese Orientierung sichert der J.D.E. und andern Gruppen, wie der «Plataforma de Convergencia Democrática Asamblea de Cataluña» – einer sozialistischen Bewegung, die in Spanien bisher zwar nicht erlaubt, doch zumindest mehr oder weniger stillschweigend geduldet war – bereits heute die Unterstützung der Arbeiter, der Intellektuellen, der Armee und der Kirche zu. Die J.D.E. ist bereit, mit Unterstützung aller diesen Gruppen auf einen Wechsel hinzuwirken, da in allen vier seit längerem fortstehende Kräfte vorhanden sind, die auf einen Strukturwandel in Richtung Demokratie hintendieren. So haben sich denn die bisher rivalisierenden Dachorganisationen J.D.E. und «Plataforma» auf ein gemeinsames Minimalprogramm geeinigt. Dieses Programm spricht sich gegen jede Form einer Fortführung des faschistischen Regimes aus – ohne allerdings Juan Carlos explizit zu nennen. Das spanische Volk soll in freien Wahlen bestimmen können, welches Regime es sich wünscht.

Es sei möglich, informierte weiter ein Sprecher der J.D.E., dass erneut ver-



Das Bild des neuen Spanienkämpfers

sucht werden könnte, von oben herab Mandate zu erteilen, in derselben Weise, wie man sie bis jetzt in Form des faschistischen Mandats Francos erhalten habe; jedoch sei es umstritten, dass solche Darien dazu eingesetzt sollen, die konservative Rechte im Zügel zu halten und nicht wie in den Jahren der Repression das spanische Volk zu schädigen. Es sei auf jeden Fall der Will der Mehrheit der Opposition, zu einer friedlichen Lösung zu gelangen. Santiago Carrillo, der im Exil lebende Sekretär der Kommunistischen Partei Spaniens, schlug im Namen der J.D.E. die Schaffung einer provisorischen Regierung mit umfassender Koalition – dazu wurde auch die Rechte gehörten – vor, mit der die ersten fundamentalen Züge eines demokratischen Staates festgelegt werden könnten. Juan Carlos sagte er eine kurze Amtszeit voraus.

Offene Fragen

Offensichtlich hatte auch die J.D.E., die eine der ersten demokratischen Einheitsorganisationen auf gesamtspanischer Ebene war, eine Reihe von Punkten in ihrer Deklaration, die auf dieser

Zeichnung, 5 Oppositionelle wurden vor einigen Wochen hingerichtet, und noch während Franco sich gegen einen Tod wehrt, den er so oft gegeben hatte, rollte eine neue Verhaftswelle über das Land. Dass sich eine Opposition – wenn auch teilweise im Exil – noch am Leben erhalten konnte, mag erstaunen. An diese Opposition richtet heute das spanische Volk seine Hoffnung auf Demokratie und Freiheit.

Pressekonferenz noch Zweifel aufkommen liessen. Die Vertreter der J.D.E. versuchten, der Reihe nach die noch offenen Fragen zu beantworten:

• *Juan Carlos*: Als erster Punkt tauchte die Frage auf, ob vielleicht Juan Carlos die Cortes – Spaniens Ministerrat – unbedacht lassen würde und versuchen könnte, eine sog. liberale Monarchie aufzubauen. Diese Frage wurde klar verneint. Juan Carlos könne auf keinen Fall die Cortes, die sich zu einem guten Teil aus Latifundisten und Wirtschaftskapitänen zusammensetzen, «verraten». Auch wenn er bekannterweise in letzter Zeit versucht hätte, eindeutigere Bedingungen zu stellen, so sei doch bekannt, dass alle Oppositionsanhänger ver sucht haben, herauszufinden, welches eigentlich seine Absichten seien. Klar

Feudalismus in der Kreditanstalt

In den Fängen der Grossbank

Wer bei der Kreditanstalt arbeitet, muss ihr praktisch sein Vermögen und dessen Transaktionen offenbaren. Wer von der Kreditanstalt eine Hypothek hat, muss seine übrigen Bankgeschäfte ihr zuhalten, sonst steigt der Zinssatz. Blüht da hart am Rande des Arbeitsvertragsrechts ein neuer Feudalismus auf?

Der Mitarbeiter der Schweizerischen Kreditanstalt erhält bald einmal die «Bestimmungen und Verhaltensregeln für unser Personal» zu Gesicht (siehe Kasten). Dorthin liest er seine Pflichten mit folgenden Worten:

«Samtliche Mitarbeiter haben ihre Konti und Depots bei der Kreditanstalt, und zwar bei der Geschäftsstelle am Arbeits- oder am Wohnort, zu unterhalten.» Zur Beurteilung dieser etwas kleinlich anmutenden Ansprüche einer der drei grossen Weltbanken des Landes hat man zuerst einmal vom neuen Arbeitsvertragsrecht auszugehen, das die gegenwärtig zulässigen Verhältnisse in den schweizerischen Arbeitsbeziehungen umschreibt. Artikel 321a des Obligationenrechts (OR) hält fest: «Der Arbeitnehmer hat die ihm übertrogene Arbeit sorgfältig auszuführen und die berechtigten Interessen des Arbeitgebers in guten Treuen zu wahren.»

In der Folge finden diese «berechtigten Interessen» des Arbeitgebers ihren Niederschlag im Artikel über das Konkurrenzverbot. Der Beschäftigte darf während seiner Amtststellungen das Unternehmen nicht konkurrenzieren und kann auch für eine gewisse Zeit nach der Auflösung des Vertragsvereinbautes einen solchen Vertrag freiwillig eingehen. Erfindungen, die dem Beschäftigten gehören, gehen gegen Entgelte an den Unternehmensleiter. Im OR gibt Art. 321d OR dem Unternehmen ein Weisungsrecht über das Verhalten der Beschäftigten: «Der Arbeitgeber kann über die Ausführung der Arbeit und das Verhalten der Arbeitnehmer im Betrieb oder Haushalt allgemeine Anordnungen erlassen und ihnen besondere Weisungen erteilen.» Die Grenze solcher Verhaltensregeln gibt schliesslich Art. 328 OR: «Der Arbeitgeber hat im Arbeitsverhältnis die Persönlichkeit des Arbeitnehmers zu achten und zu schützen...»

Was darf die Kreditanstalt verlangen?

Die genaue Auslegung dieser arbeitsrechtlichen Bestimmungen muss in letzter Instanz von den Gerichten geleistet werden. Aber der gesunde Menschenverstand könnte für die Einmischung der Grossbank in die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Angestellten nur das Konkurrenzverbot, also das Verbot, sich an anderen Finanzunternehmen zu beteiligen, aus dem Gesetz herausholen. Ein weiterer Abschnitt der «Verhaltensregelungen» der Kreditanstalt verbietet dem Personal auch, Spekulation zu treiben oder sich über die Tragbarkeit ihrer finanziellen Verhältnisse hinweg irgendwo zu engagieren. Hier allenfalls könnte die Regelung eine Begründung im Bankbetrieb finden, weil ein finanziell grwangender Bankangestellter vollen Bank- und Kundenkontakt eventuell nicht widerstehen kann.

Aber die darüber hinausgehenden Vorschriften greifen in persönliche Verhältnisse der Angestellte ein, die mit der Ausführung des Arbeitspensums oder mit der Wahrung des Unternehmenszwecks nichts zu tun haben. Der Verdacht, mit solchen Verpflichtungen zur Vermögensoffenbarung wolle sich die Geschäftsführung gegebenenfalls in die

sei einzig, dass man ihn auf ideologischer Ebene durchaus den paar Rechtsradikalen gleichsetzen dürfe, die die Absicht hätten, auf jeden Fall an der Macht zu bleiben.

• *Militär*: Selbstverständlich sei das Militär ein grosser Unsicherheitsfaktor. Doch man wisse, dass das Heer nicht die Rolle der repressiven Macht ausüben sollte. Zum jetzigen Zeitpunkt sei ja die «Union Democrática Militar» (U.D.M.) weder ein Geruch noch eine Sammlung marginalisierter Oberster, sondern eine Organisation hoher Be rufs miliärs, die öffentlich für ein Leben in einem demokratischen Staat einste hen.

• *Amnestie*: Ein dringendes Postulat aller Oppositionsparteien und -gruppen sei die bedingungslose Amnestie für alle politischen Häftlinge in allen spanischen Gefangenissen (welche zur Zeit voll von politischen Gefangenen seien). Juan Carlos werde diese Amnestie nicht erlauben, denn das würde für ihn bedeuten, erste Schritte in Richtung jener Freiheit zu tun, die gegen die Prinzipien derjenigen verstossen, die ihm in der Regierung zur Seite stehen. Santiago Carrillo betonte noch einmal, dass Juan Carlos eindeutig ein Geschöpf Francos sei.

• *Kirche*: Was die Kirche anbelange, so dürfen man die progressiven Kräfte und Bewegungen innerhalb ihres Wirkungsbereiches nicht ausser acht lassen, denn es seien ja gerade jene Kräfte, die die Kirche schon seit längerer Zeit von der Linie Francos und des Regimes entfernt hätten.

• *Movimiento*: Ebenfalls wie die Kirche müsse auch eine andere Institution, nämlich das «Movimiento» (die bisher einzige legale Partei, auch Falange genannt), im Lichte der realen Verhältnisse gesehen werden. Man rechne mit höchstens 2 bis 3 wirklichen Anhängern, die als Deputierte in der zukünftigen Regierung Gewicht haben könnten.

• *USA*: Die Haltung der USA werde ein ausschlaggebender Faktor sein, den man aber zum jetzigen Zeitpunkt mit Gelassenheit betrachte. Zudem bestünden Meinungsverschiedenheiten innerhalb des amerikanischen Parlaments in bezug auf die Basen in Spanien. Der Senat wünsche die Einrichtung und Konsolidierung der Basen auf spanischem Territorium, während der Kongress, hauptsächlich der Delegierte Stevenson, sich diesem Projekt widersetze.

• *Nationale Minderheiten*: Um eine Lösung des Problems der nationalen Minderheiten sei jedermann auf dieser Pressekonferenz sehr besorgt. Man möchte die Frage jedoch dahingehend beantworten, dass Regionen wie Katalonien, Galizien und Euzkadi (Baskenland) autonome Regierungen haben würden. Jedoch das Wichtigste, was man vorläufig berücksichtigen müsse, sei, dass die Massen auf friedliche Weise in den politischen Prozess eingeschlossen würden und eine nationale Aussöhnung zustande komme, um mit der Basis einer «Nationalen Demokratischen Bewegung» eine Regierung zu bilden, die jedermann die elementarsten demokratischen Freiheiten garantiere. G. Weber

Guy Courtieu, Seuil, würde diese Er scheinungen unter den Prozess der Refusalisierung unserer Gesellschaft einreihen. Wenn man darunter die Rückentwicklung des Industriesystems von Abhängigkeitsstrukturen aufgrund des Kapitalbesitzes zu Abhängigkeiten mit persönlichen und verhältnisspezifischen Bindungen bis hinein in die Lebensgestaltung auffasst, dann leistete die Kreditanstalt auf diesem Gebiet Pionierarbeit. Die Übergriffe der schweizerischen Grossbanken auf die persönliche und fachliche Ausbildung ihrer Beschäftigten, so lobenswert ein besserer Bildungsstand ist, tragen gewisse Züge in der gleichen Richtung. Denn die in einer Bank erworbene Bildung und das Diplom können an dieses Institut oder an die Branche binden, da sie nicht die universale Anerkennung besitzen, die Abschlüsse der öffentlichen Schulen zukommen. («das konzept» berichtete in Nr. 1/75 darüber: «Das Unternehmen als Schule der Nation. Die Nummer ist gegen 150 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion erhältlich.)

Weitere Verstärkungen der Bindungen an den Arbeitsort in damit nicht zusammenhängenden Lebensbereichen kündigen sich im Versicherungssektor an. Wie der Generaldirektor F. Gerber der «Zürich» darlegte, wirft die Tendenz aus Amerika neue Aspekte auf.

«den persönlichen Versicherungsbedarf des einzelnen Arbeitnehmers (etwa für Auto, Hausrat usw.) durch den Arbeitgeber bei einem Versicherer abdecken zu lassen, wobei die Prämie direkt vom Lohn abgezogen und durch den Arbeitgeber an den Versicherer überwiesen wird (sogenanntes mass merchandising).» «Der nächste Schritt könnte darin bestehen, dass nicht nur Versicherungsprämien, sondern auch andere periodisch wiederkehrende Verpflichtungen wie Miet- oder Hypothekarzins, Abzahlungs raten, aber auch Beiträge an Spar- und Investmentpläne, abgesichert durch eine Todesfallversicherung, auf diese Weise finanziert würden. Hier könnten sich langfristig interessante Entwicklungsmöglichkeiten ergeben.» Interessant sind diese Entwicklungen für den Versicherungskonzern, als dessen Leiter F. Gerber einleitend zum zitierten Text seine Bekennnis zur «freiherrlichen Wirtschaft» ablegte. «Freiheit stirbt auf diese Weise», rief der «Beobachter» in aufrichtiger Liberalität. Wenn man weiß, dass z. B. die «Zürich» mit der Kreditanstalt auf gleicher Ebene verbündet ist, dass die Winterthur und die «National»-Versicherung zum Kreis der Bankengesellschaften gehören, schliesst sich für den erschrockenen Betrachter ein Kreis, der von George Orwell mit 1984 benannt worden ist.

Beat Kappeler

Refusalisierung?

Ein neu in Frankreich erschienenes Buch, *L'entreprise – société féodale* von

Verhältnisse der Angestellten einschalten, wurde in einem Fall, der dem Autor bekannt ist, verstärkt.

Zulagen nach Guttunden

Vor einigen Jahren wunderte sich ein Pensionär der Kreditanstalt, dass er keine Heinzlagentzüge in gleicher Höhe wie seine pensionierten Kollegen gleichzeitig erhalten hatte. Auf seine Nachfrage bekam der Auskunft, dass seine Konten, die er getreulich bei der Kreditanstalt unterhielt, liege ein derartiges Vermögen, dass er die Zulage wohl nicht mehr brauche. Als der Pensionär fest blieb, erhielt er dann die Zulage doch noch, dies sei festgestellt. Tatsache bleibt, dass in diesem Fall die Kenntnis der Vermögenslage dem Kreditanstalt-Management ein verändertes Verhalten gegenüber einem Abhängigen nahelegte.

Der «Beobachter» meldete im November 1974 eine ähnliche Geschichte aus Chur, aber diesmal auf der Kundenseite der Grossbank. Die Churer Niederlassung der Kreditanstalt hatte einen Bauführer für sein Haus 20 000 Fr. als Hypothek gelehen. Nach wiederholter Aufforderung, er müsse auch die übrigen Bankgeschäfte «wenn immer möglich» mit der Kreditanstalt abwickeln, traf schliesslich folgender Brief beim Bauführer ein: Weil bisher keine Kontoreöffnung stattgefunden habe, «mössen wir annehmen, dass Sie unser Vorschlag ablehnen (...). Eine solche Haltung könnte uns jedoch bei der heutigen Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt veranlassen, die Erhöhung der vereinbarten Amortisationsraten in Erwagung zu ziehen oder den Zins über den normalerweise zur Anwendung gelangenden Satz zu erhöhen.»

Refusalisierung?

Ein neu in Frankreich erschienenes Buch, *L'entreprise – société féodale* von

SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT

Bestimmungen und Verhaltensregeln für unser Personal

(...)

Verschwiegenheit

Jeder in einer Bank tätige Mitarbeiter ist bestmöglich aufgrund des Geheimhaltungsgesetzes verpflichtet,

keiner einzigen, die nicht in einem angemessenen Verhältnis zu ihrem eigenen Vermögen und Einkommen stehen. Unstethalt sind Geschäfte jeglicher Art zum Nachteil bankiger Positionen sowie auch Geschäfte, die lediglich dazu dienen, Dritten Spezialkonditionen zu verschaffen. Geschäfte unter Mitarbeitern sowie das Eingehen von Bürgschaften ohne Zustimmung der Bank sind untersagt.

Mandate und Vollmachten

Vollmachten von Kunden zugunsten von Mitarbeitern dürfen, wie alle persönlichen Mandate, nur mit Zustimmung der Generaldirektion ange nommen werden.

(...)

Kolportage

Unter Kolportage versteht der private Handel unter Mitarbeitern und mit Dritten sowie das Auf hängen und Verteilen von Flugblättern oder anderen Schriftstücken irgendwelcher Art für private Zwecke. Wir bitten Sie, Tätigkeiten dieser Art in der Bank zu unterlassen.

Zürich, 12. Juni 1975
DIE GENERALDIREKTIION

Kuba hat das fortschrittlichste Familienrecht der Welt

Im Namen des Gesetzes, Karl, wasch das Geschirr ab!

Dass es um die Situation der Frau in den heutigen Gesellschaften schlecht bestellt ist, könnte das „Jahr der Frau“ vielen neu zu Bewusstsein gebracht haben. Der Einsatz der Frauen hat denn auch in verschiedenen Ländern zu Verbesserungen mindestens der rechtlichen Lage geführt, namentlich in der DDR, in Schweden und in Österreich. In der Schweiz ist eine Initiative zur Gleichberechtigung hängig, welche vom Frauenkongress in Bern dieses Jahr beschlossen worden war. Nirgends aber ist die rechtliche Lage so fortschrittlich wie im kleinen Inselstaat Kuba. Das Gesetz erstrebt hier nicht nur passive Gleichberechtigung – z. B. dass die Frau arbeiten darf, wenn sie will, ohne dem Mann um seine Erlaubnis bitten zu müssen –, das Gesetz kann

Heute beginnt man sich in Lateinamerika bewusst zu werden, dass auch die Frauen menschliche Wesen sind, wobei man sich angesichts der bevorzugten Behandlung von Tieren an gewissen Orten allerdings fragen kann, ob sie darauf auch wirklich Nutzen ziehen.

In Kuba, das in Lateinamerika in mancher Hinsicht eine Ausnahme bildet, werden die Frauen jedoch im wahrsten Sinne wie Menschen behandelt. Es wäre aber ein Irrtum zu glauben, dass von der Kubanerin bis heute erreichte sei ihr sozusagen in den Schoss gefallen – als Geschenk der etablierten Macht. Die Geschichte liess ihr keine Zeit für theoretische Betrachtungen über die Gleichberechtigung. Erst im Kampf erwartete das Bewusstsein ihrer Rechte, im täglichen revolutionären Einsatz für die Änderung der kubanischen Gesellschaft, der im Januar 1959 zum Sieg führte – einem Sieg, für den die Frauen einen hohen Preis bezahlt haben.

Bei den anschliessenden Reformmassnahmen standen die Frauen ebenfalls in vorderster Reihe. Von den 270 000 Freiwilligen der Alphabetisierungsmärkte, die das Analphabetentum in Kuba innerhalb eines Jahres von 23 auf 3,7% reduzierte, waren 60% Frauen. Sie halfen Hausholden auf produktive Berufe umzuschulen, schufen Kinderhorte und Kindergärten und führten Impfkampagnen sowie andere Massnahmen für die Volksgesundheit durch.

Beseitigung der Prostitution

Sie wirkten auch bei der Beseitigung der Prostitution mit, nicht durch Zwangsmassnahmen, sondern durch Vermittlung von Arbeitsplätzen in anderen Stadtteilen oder entfernten Städten, damit die Vergangenheit den ehemaligen Prostituierten bei der Eingliederung in die neue Gesellschaft nicht zum Hindernis werden konnte.

Obwohl in Wirklichkeit dem Mann noch nicht vollkommen gleichgestellt, befindet sich die kubanische Frau heute im Übergangsstadium dazu. Dies zeigt sich namentlich auch dadurch, dass 1970 der Anteil der Mädchen in den Grundschulen 49%, in den Mittelschulen 55% und in den höheren Schulen und Universitäten 40,6% betrug.

Als einer ihrer wichtigsten Errungenchaften betrachten die Kubanerinnen die Streichung jener Bestimmung des Arbeitsgesetzes, der zuvor die Unternehmung nur eine gewisse Anzahl von Arbeitsplätzen den Frauen vorbehalten musste. Heute stehen den Frauen sämtliche Arbeiten offen, selbst im Bauwesen und im Hafenbetrieb, wo zuvor ausschliesslich Männer beschäftigt wurden.

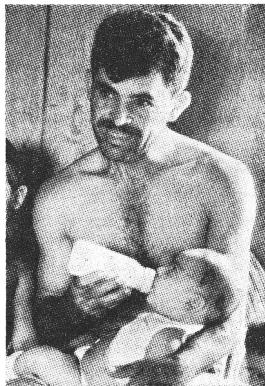
Befreiung nicht automatisch

Doch wie vielerorts in der Welt bilde die Frau auch in Kuba lange Zeit ein „besetztes Gebiet“, und die Proklamation ihrer Unabhängigkeit zog nicht automatisch die Befreiung von der Mentalität des Kolonisierten und noch weniger von jener des „Kolonisierten“, im vorliegenden Fall des herrschenden Mannes, nach sich.

Auf die Tatsache wies Ministerpräsident Fidel Castro am Kongress des Kubanischen Frauenbundes im November 1974 hin. Nach mehr als 15 Jahren Revolution gebe es immer noch „objektive und subjektive Faktoren, die eine für die Frau diskriminierende Situation aufrechterhalten. Wir müssen uns fragen, wann es uns endlich gelingen wird, die jahrtausendalten Denkgewohnheiten auszurotten und alle diese Vorurteile zu besiegen“, denn „während wir endlich

sich sogar um aktive Gleichberechtigung: Demnach sollen Mann und Frau besorgt sein, dass sie sich ausgeglichen in Hausarbeit und Beruf teilen. Dieser Fortschritt ist um so erstaunlicher, als Kuba mit Lateinamerika ein schweres Erbe des Kolonialismus zu überwinden hat, das die Männerherrschaft besonders begünstigte (weshalb sie in diesen Ländern auch einen besonderen Namen hat: Machismo). Der folgende Artikel, den wir dem «Unesco-Kurier» entnehmen, ist gerade deshalb auch für uns interessant, weil er die rechtliche Lage mit der Wirklichkeit vergleicht; und die Realität ist auch in Kuba noch unbefriedigend. Gleiche Rechte sind ein wichtiger Schritt, aber nicht schon die Solidarität zwischen Mann und Frau.

Red.



das Ziel der nationalen Befreiung erreicht haben, müssen die Frauen nach wie vor um ihre eigene Befreiung innerhalb der menschlichen Gesellschaft kämpfen.»

Seit dem Internationalen Jahr der Frau und bereits vorher sind in fast allen Teilen der Welt verschiedene Forderungen der Frauen ohne Widerstand hingenommen worden, jedoch offenbar ohne tiefgehende wirtschaftliche und soziale Reformen bedingt. Es besteht in der Tat die Gefahr, dass die gesetzgeberischen oder politischen Massnahmen zur Gleichstellung der Frau, so begründet sie auch sein mögen, toter Buchstabe bleiben, wenn man sie isoliert behandelt. Dies beweist namentlich die Tatsache, dass in den weitaus meisten Fällen für die praktische Anwendung formal eingeführter Rechtsgrundsätze wie «Gleiche Arbeit – gleicher Lohn» und «Mann und Frau sind vor dem Gesetz gleich» bitter gekämpft werden muss.

In Kuba hat man erkannt, dass der Kampf für die Gleichberechtigung der Frau nicht die Frauen angeht, sondern die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Mit anderen Worten, man hat der Ideologie des «Kolonisierten» totalen Verwurzelung verzuwirkt, die in die Reaktion jener armen Indianerin, von ihrem Mann geschlagen, einen ihr zu Hilfe Eilenden mit den Worten zurückwies: «Mein Mann ist ja dazu da, mich zu schlagen!»

«Machismo» ist der lateinamerikanische Begriff für die männliche «Überlegenheit» in ihrer extremen Form, und diese wird denn auch oft als vielleicht von den Spaniern ererbte Erfindung alter Zeiten gewertet. Der eigentliche Ursprung liegt aber zweifellos in der wirtschaftlichen Abhängigkeit, in die die Frau gedrängt wird, zunächst vom Vater – der es als moralische Pflicht ansieht, für seine Tochter aufzukommen – und später vom Gatten – der ihr Geld in gleicher Weise gibt, wie man Almosen austeilt: verächtungsvoll wie ein Millionär oder zähneknirschend wie ein Armer.

Doch wenn die Frau wie in Kuba wirtschaftlich unabhängig ist, greifen die unverbesserlichen Verteidiger der alten Zustände zu «biologischen» Argumenten wie Schwäche und Feigheit des weiblichen Geschlechts, auch wenn sie als Milizsoldat und Fallschirmspringer Dienst leistet. Oder man sucht geschiehliche Rechtfertigungen, indem

man geltend macht, dass die Frau in der Vergangenheit mehr Talent für Hausarbeiten als für schöpferische Arbeiten bewiesen habe, während sich heute zeigt, dass sie den Männern in dieser Hinsicht in nichts nachsteht. Selbst die Bibel wird zitiert, nach welcher die Frau als «Gefährte» des Mannes erschaffen wurde, wobei man überlegt, dass in diesem Fall der Mann der Gefährte der Frau sei.

Verklärt als Geliebte ...

Der Kubaner macht wie andere Männer auf der Welt einen klaren Unterschied zwischen der Frau an sich – im Leben, in Literatur und Kunst idealisiert als Archetyp der Zärtlichkeit und Reinheit, wenn es sich um die Mutter handelt, oder als Archetyp der Schönheit, wenn es sich um die Geliebte handelt – und der Ehefrau, der nicht nur alle ihr früher zugeschriebenen Reize abgesprochen werden, sondern auch alle ihre Rechte bis zujenen auf einem eigenen Namen. Während man Lateinamerikaner als Weiberschreck karikiert, die Frauen dazu abrichten, am heimischen Herd unterwürfig und furchtsam auf die Rückkehr des Herrn des Hauses zu warten, und wir, was noch schlimmer ist, dieses Bild akzeptiert haben, schluchzen wir in unseren Liedern über die Geliebte, die uns verlassen hat oder von der uns das Schicksal trennt, dass sich ein Stein erbarmen könnte. Wenn wir offen zugeben, dass sie uns für einen anderen Mann verlassen hat, so nehmen wir ihr das zwar übel, doch da sie noch nicht unsere Frau war, machen wir daraus Verse und Musik.

... verspottet als Ehefrau

Die Kubaner dagegen erscheinen nur ausnahmsweise in Liedern und auch dann meist nur als Objekt des Spottes. Sie gehört wie die Schwiegermutter, der Saufär, der Verrückte und der Schiffbrüchige zu den zuverlorenen Personen von Witzen und Anekdoten, die von Frauen selbst oft gutherzig nacherzählt werden, während andere, durch diese unbewusste Selbstdemütigung entwaffnet pflichtschuldig lächeln. Diese Art von vielfach geschmacklosem und verletzendem Humor wird zwar auch in Kuba noch betrieben, doch bemüht man sich, zumindest an Radio, Fernsehen und Presse zu besetzen. Ebenso wie sich die Männer nach wie vor überlegen fühlen, nehmen die Frauen diese Überlegenheit unbewusst nach wie vor als gegeben hin.

Bei den Wahlen in die Poderes Populares (Gemeinderäte) in der kubanischen Provinz Mantanzas zum Beispiel waren nur 7,6% der aufgestellten Kandidaten weiblichen Geschlechts, und von den Gewählten wiederum waren es bloss 3%, obwohl die Frauen die Hälfte der Bevölkerung jener Provinz ausmachen. In einem Kommentar zum Wahlauftakt bemerkte Ministerpräsident Castro, diese Ergebnisse sollten allen Kubanern ein Fingerzeig sein. «Es muss der Tag kommen, wo wir endlich eine Partei, eine Führung, einen Staat und eine Regierung von Männern und Frauen haben werden.»

Das beste Gesetz der Welt

Anderseits besitzt Kuba seit kurzem ein Familiengesetz, das vielleicht das gerechteste und menschlichste Gesetzeswerk der ganzen Welt im Bereich der familiären Beziehungen ist. Bei den im Arbeiter-, Bauern-, Frauen- und Studentenorganisationen des ganzen Landes geführten Diskussionen um den Text, der am 8. März 1975 Kraft trat, wurden jedoch seitens der Männer ethische Einwände erhoben. Leiden-

«Normalfall» Frau im Schweizer Recht

Das schweizerische Recht geht heute vom Normalfall der Frau als Mutter von minderjährigen Kindern aus, der ein erwerbstätiger Ehemann zur Seite steht und die sich zwar auch für die Belange außerhalb der Wohnung interessiert, aber nur insoweit, als es die Besorgung des Haushaltes und die Betreuung der Kinder zulässt. Dementsprechend sind jene, die Frauen besonders betreffende Vorschriften vor allem im Familienrecht zu finden, in welchem zum Beispiel festgelegt wird, dass die Frau bei der Heirat den Familiennamen des Mannes übernehmen müsse, dass der Mann die Familie finanziell zu unterhalten habe, dass die Frau den Haushalt führen und damit während der Arbeitsabsenten des Mannes die Kinder betreuen müsse, dass sie selbst nur mit Zustimmung des Mannes einen Beruf ausüben dürfe, dass der Mann auch das Vermögen der Frau verwalte usw. Das Sozialversicherungsrecht (Regelung der AHV, IV, Suva) trägt den genannten Vorschriften seinerseits Rechnung, indem die Ehefrau beim Tod des Mannes – selbst wenn dieser nicht erwerbstätig gewesen sein sollte – fast immer eine Witwenrente erhält, während dem Mann beim Tode der Frau – selbst wenn diese erwerbstätig gewesen sein sollte – nur unter ganz speziellen Umständen eine Rente an Witwer zusteht.

Von allen erwachsenen Frauen sind in einem bestimmten Zeitpunkt jeweils nur 21 Prozent in der Situation der verheirateten Frau mit Kindern unter 15 Jahren. Es geht daher nicht an, die Erziehung und Bildung der Mädchen nur auf die allfällige Phase der Mutterhaft auszurichten, die knapp ein Viertel ihres ganzen Lebens als erwachsene Frau ausmachen wird.

Gemessen an allen erwachsenen Frauen im heiratsfähigen Alter von 18 Jahren an, haben nur 53 Prozent der verheirateten Frauen überhaupt einmal Kinder, wie die Statistik 1970 mit 2 322 000 Frauen, worunter 1 467 000 verheiratete Frauen sind, beweist. Gemessen an allen Ehen, werden 82 Prozent durch den Tod eines Ehegatten aufgelöst, 18 Prozent durch Scheidung, wobei die durchschnittliche Ehedauer bei Scheidung acht Jahre beträgt.

Zur Scheidung sind nicht mehr Rechtfertigungen wie «Ehebruch», die in vielen anderen Staaten Lateinamerikas nur dann als Vergehen gewertet wird, wenn er von der Frau begangen wurde („,moralische Grausamkeit“ oder „Verlassen der häuslichen Gemeinschaft“) notwendig. Das Familiengesetz lässt dafür andere, menschlichere und gerechtere Gründe zu, zum Beispiel «gegenseitiges Einverständnis, die Ehe aufzulösen» oder «Gründe, die deren Ergebnis die Ehe sowohl für die Eheleute als auch für Kinder und damit für die Gesellschaft ihre Bedeutung verloren hat».

Heirat aus Liebe

In einem Buch «Die kubanische Frau heute» (La Mujer Cubana Ahora), das 1975 vom Instituto del Libro in Havanna herausgebracht wurde, unterzieht die amerikanische Schriftstellerin Margaret Randall die gegenwärtige Lage der kubanischen Frau einer sorgfältigen Analyse. So berichtet sie von einer Frau, die während einer lebhaften Diskussion über dieses neue Familiengesetz aufstand und rief: «Wenn die Männer wollen, dass wir Frauen in der Fabrik arbeiten, so müssen sie ihrerseits im Haushalt arbeiten, und damit bast!» Der Ausspruch wurde mit rauschendem Beifall quittiert. Eine andere erklärte: «Wir Frauen haben dieses Gesetz geschaffen, lange bevor die Regierung überhaupt daran dachte. Die jungen Männer haben gar keine andere Wahl, als es zu akzeptieren!» Eine Änderung der Haltung wird wohl von den jungen, nicht aber von den älteren Männern erwartet.

Mann und Frau in der Hausarbeit

Die Neuregelung der ehelichen Pflichten mit dem Grundsatz, wonach sich beide Partner in die Hausarbeit zu teilen haben, befreit die Frau von ihrem bisherigen Status als Haushälterin und wirtschaftliches Mündel ihres Gatten. Früher galt es als durchaus normal, dass eine Lehrerin oder Krankenschwester ihre Berufstätigkeit aufgab, wenn sie einen Mann in finanziell gesicherter Position heiratete, und das Gesellschaft verlor damit eine wertvolle Arbeitskraft. Junge Ehemänner pflegten sich aber auch irgendwelchen politischen Aktivitäten ihrer Gattinnen zu widersetzen, «weil auf der Hand liegt, dass die Frau damit der unmittelbaren Kontrolle entgleitet, die der Mann nach dem Willen der traditionellen Gesellschaft über sie verlangen und ausüben soll» (M. Randall).

Der Frau auferlegte Zwänge und Einschränkungen dieser Art sind jedoch durch Artikel 28 des kubanischen Familiengesetzes für rechtswidrig erklärt worden. Es heißt dort: «Beide Ehepartner haben das Recht auf Ausübung ihrer beruflichen oder anderweitigen Tätigkeiten und sind verpflichtet, sich in dieser Hinsicht gegenseitig zu achten und zu unterstützen. Dies gilt auch in bezug auf Studien oder anderweitige Bemühungen zur Mehrung ihres Wissens.»

Jorge Enrique Adoum*, ecuadorianischer Dichter und Schriftsteller, war ehemals Direktor für Kultur in Ecuador. Einige Jahre war er Mitarbeiter der Unesco-Studien für lateinamerikanische Kulturen. Er besuchte die Kolonialzeit Anfang 1975 als Juror des internationalen Filmfestivals der Unesco, der jährlich durch das House of the Americas, Havanna, organisiert wird. Eine Anthologie seiner Gedichte *Informe personal sobre la situación (Personal Situationsbericht)* ist soeben in Havanna veröffentlicht worden. Heute ist er Mitarbeiter des Redaktionstabes des «Unesco-Kurier» in Paris.

Jorge Enrique Adoum*

* Jorge Enrique Adoum, ecuadorianischer Dichter und Schriftsteller, war ehemals Direktor für Kultur in Ecuador. Einige Jahre war er Mitarbeiter der Unesco-Studien für lateinamerikanische Kulturen. Er besuchte die Kolonialzeit Anfang 1975 als Juror des internationalen Filmfestivals der Unesco, der jährlich durch das House of the Americas, Havanna, organisiert wird. Eine Anthologie seiner Gedichte *Informe personal sobre la situación (Personal Situationsbericht)* ist soeben in Havanna veröffentlicht worden. Heute ist er Mitarbeiter des Redaktionstabes des «Unesco-Kurier» in Paris.

Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul !

Einem geschenkten Abonnement auf «das konzept» darf man das schon. Weil «das konzept» seinerseits unablässig schnüffelt, wo unsere Gesellschaft übeln Mundgeruch verbreitet. Und den Mächtigen nicht nur auf den Mund, sondern auch auf die Finger schaut.

das konzept - ein intelligentes Geschenk. Benützen Sie unser Sonderangebot 3 für 2

(gültig bis 31. 12. 75) 1 Abonnement (bis Dezember 76) 16 Fr., 2 Abonnemente 24 Fr., 3 Abonnemente 32 Fr. usw. (Ausland je Abo 4 Fr. Zuschlag). Geschenkabonnemente laufen ab erfolgter Zahlung. Sie erhalten eine Rechnung. Mit diesem Talon können Sie «das konzept» auch für sich selbst bestellen. Talon einsenden an: «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

Ich erhielt diese Nummer von einem Bekannten / Durch Zusendung / auf ein Zeitungsersatzer hin / Kiosk / Abonnement / Sie war aufgelegt / in (* Zutr. unterstreichen):

Abonnement an:
Name, Adresse, Beruf:

Abonnement an:
Name, Adresse, Beruf:

Abonnement an:
Name, Adresse, Beruf:

Rechnung an:
Name und Adresse:

